

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

176 (1.8.1921)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Kreisrätern Abgabe 5 M monatlich. — Einzelgenuss 25 P. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelleile 1.20 M. Die Restamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die oberschlesische Frage

#### Weitere Verhandlungen zwischen Frankreich und England

Paris, 30. Juli. Gavas meldet: Briand hatte gestern abend eine Besprechung mit Lord Harding und teilte ihm den Standpunkt der französischen Regierung nach dem Empfang der englischen Antwort mit. Briand wird heute Lord Harding die Note überreichen, in der die verschiedenen Stufen der Unterhandlungen über die oberschlesische Frage nochmals wiedergegeben werden und worin eine Antwort auf die hauptsächlichsten Ausführungen der britischen Delegation gegeben wird. Dieser Rückblick auf die bisherigen Ereignisse erscheint jedoch ziemlich nebensächlich. Die Hauptsache ist die Frage: Welche Politik wird Frankreich und Großbritannien in der oberschlesischen Frage nunmehr einnehmen? Das eine ist doch wohl sicher, daß die beiden von der Notwendigkeit überzeugt sind, die Solidarität der Verbündeten auf engste zu wahren. Briand erklärte, nach dem Vorlaufe des Friedensvertrags könne die Entfaltung von Verhandlungen nicht erfolgen, wenn die Verhandlungsmächte sich nicht vorher verständigt hätten. Frankreich kann nicht zugeben, daß die Reichsregierung den Versuch macht, es auf diese Weise von seinen Verbindungen zu isolieren. Es ist dies eine Frage der nationalen Würde. Es ist daher unbedingt geboten, Deutschland einen neuen Beweis von der Einheit der französisch-englischen Haltung zu geben. Die vernünftige Maßnahme würde darin bestehen, daß noch vor Zusammenritt des Obersten Rates ein gemeinsamer Schritt in Berlin unternommen werden würde, durch den die Reichsregierung aufgefordert würde, jetzt schon die Maßnahmen zur Beförderung der französischen oder sonstigen Verbändlungsarbeiten für Oberschlesien zu ergreifen. Sodann würde der Oberste Rat in seiner ersten Sitzung diese Frage der Verhandlungen zuertern, und erst nach Abschluß dieser Frage würde man in die eigentliche sachliche Verhandlung über die Teilung Oberschlesiens herantreten. Dieses Verfahren ist anscheinend auf beiden Seiten des Kanals angenommen worden.

#### Die Ententekonferenz am 8. August in Paris

Paris, 1. Aug. (Telunion.) Die französische Regierung gibt amtlich bekannt, daß entsprechend ihrem

#### Auflösung der Kammer des Thüring. Landtags

Weimar, 30. Juli. In der heutigen Landtagssitzung ist der Antrag der Unabhängigen auf Auflösung des Landtags einstimmig angenommen worden. Ein Antrag der Reichsparteien, den Auflösungsentwurf bis zum 30. August zu vertagen, um die Arbeiten des Unterausschusses in der Angelegenheit Müller-Brandenburg zum Abschluß zu bringen, wurde abgelehnt. Desgleichen ein Antrag der Demokraten, den Unterausschluß trotz der Auflösung des Landtags beizubehalten. Der Abstimmung ging eine große politische Aussprache voraus, in der über die Ursache und Notwendigkeit des Abtritts der Regierung und der Auflösung des Landtags von Vertretern aller Parteien nochmals Stellung genommen wurde. Ueber den Zeitpunkt der Neuwahlen ist noch nichts bekannt.

#### Kapp wieder in Deutschland?

Berlin, 1. Aug. Der „Welt am Montag“ wird mitgeteilt, daß der Urheber des Kapp-Putschs, Generallandeswehrdirektor Kapp, wieder nach Deutschland zurückgekehrt sei und sich auf Schloss Eyba bei Saalfeld in Thüringen häuslich niedergelassen habe.

Trotzdem man in Deutschland nachgerade alles für möglich halten kann, wollen wir hinter die Meldung doch ein Fragezeichen machen bis sie bestätigt ist. Allerdings, wenn die sämtlichen Kappisten frei herumlaufen, warum soll der nach Schweden ausgewanderte Generalissimus es nicht auch wagen können, an den Schauplatz seiner verbrochenen Tätigkeit zurückzukehren. Zeichen der Zeit!

#### Ende des Straßburger Elektrizitätsstreiks

Strasbourg, 30. Juli. Am 27. Juli fanden in der Streitangelegenheit des Elektrizitätswerkes im Weissen von Vertretern der Stadtverwaltung, der Direktion des Elektrizitätswerkes, sowie von Arbeiter- und Beamtenvertretern des Werkes Verhandlungen statt. Danach entfällt der neue Lohnsatz eine Reduktion der Löhne um 15 Centimes die Stunde. Außerdem wird eine Rinderzulage von einem Franken je Kind und Arbeitslohn bewilligt. Jede der beiden Parteien hat vierteljährlich das Recht, wenn die Preise der allgemeinen Lebenshaltung um mindestens 10 Proz. fallen oder steigen, die Änderung der Löhne im gleichen Prozentsatz zu verlangen. Vor Entlassungen oder Bestrafung von Arbeitern muß der Arbeitsausschuß sofort benachrichtigt und auf dessen Wunsch gehört werden. Durch die Streikfrage darf den Arbeitern kein Lohnausfall entstehen. In ähnlichem Sinne wurden die Beamtenfragen geregelt. Nach einer nochmaligen Verhandlung mit dem Schiedsrichter wurde eine Einigung erzielt und die Arbeit am Donnerstag morgen wieder aufgenommen.

#### Die Münzfälschungen Frauendorfers

München, 30. Juli. Zum Falle der Münzfälschungen teilt die Staatsanwaltschaft mit, daß der verurteilte

Vorschlag die englische Regierung beschloß, den englischen Botschafter in Berlin aufzufordern, gemeinsam mit dem italienischen und französischen Botschafter ein Kollektivemarch bei der deutschen Regierung zu unternehmen. In dem Sinne, daß der Wilhelmstraße mitgeteilt wird, sich bereit zu halten, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Truppentransport durch Deutschland, welchen die Lage in Oberschlesien zu dieser Zeit erforderlich mache, zu erleichtern. Die französische Regierung gibt ferner amtlich bekannt, daß die Ententekonferenz am 8. August beginnen soll, also um 4 Tage verschoben ist, und zwar mit Rücksicht auf die italienischen Mitglieder, die infolge des Parlamentseschlusses nicht feierlich kommen können. Lord George, so heißt es in dem amtlichen Communiqué weiter, wird an der Konferenz in Paris teilnehmen. Als Ort der Ententekonferenz ist Paris bestimmt worden. Dieser Schritt soll erst heute stattfinden.

London, 30. Juli. Nach der „Westminster Gazette“ erfolgte auf die britische Note an Frankreich eine Vereinbarung zwischen beiden Regierungen, die amtlich als durchaus betrieblich für beide Teile erklärt wurde. Lord Curzon wird am 3. August nach Paris reisen. Pilsour wird ihm beistehen. Auch die Anwesenheit Lord Georges gilt als nicht ausgeschlossen.

#### Zunehmende Unsicherheit

Das „Berliner Tageblatt“ meldet das weitere Umsichgreifen des Bandenunwesens in Oberschlesien. Des Dorf Reich im Kreise Malibor wurde in der Nacht zum Freitag von einer hiesigen polnischen Bande angegriffen. Besonders in Kreise Pleß ist die Lage außerordentlich unsicher und bedrohlich. Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus dem Kreise hält infolge des polnischen Terrors unermindert an, da die französische Verwaltungsbehörde nichts zum Schutz der Deutschen unternimmt.

#### Ein Hilferuf der schlesischen Gewerkschaften

Berlin, 30. Juli. Die schlesischen freien Gewerkschaften richten an die Reichsregierungen in Berlin einen Aufruf zur Unterstützung des oberschlesischen Hilfswerkes. Der Aufruf weist auf die bittere Not hin, die besonders unter den deutschen Arbeitern in Oberschlesien herrsche.

Staatssekretär Frauendorfer seit vielen Jahren von Medaillen und Abzeichen besetzt und daß er dabei ein Verfahren anwendet, das die Herstellung der Abzeichen in der Größe der Originale ermöglicht. Gerade hierdurch sind die Fälschungen der Abzeichen erschwert. Es steht weiter fest, daß aus dem Besitze Frauendorfers Nachahmungen seltener alter Medaillen als echte Stücke in den Verkehr kamen. Für einen Teil davon läßt sich schon jetzt nachweisen, daß Stücke gleicher Art im Auftrage Frauendorfers nachgegossen und zirkuliert worden sind.

#### Besserung der Finanzlage in Italien?

Rom, 30. Juli. Eine halbamtliche Mitteilung besagt, daß das Finanzprofil des Schatzministers die Besserung der Finanzlage feststellt. Das Defizit ist von 10 auf 4,5 Milliarden, der Notenumlauf von 9 auf 5 Milliarden zurückgegangen. Im kommenden Verwaltungsjahr wird, dank neuer Steuern und bedeutender Ersparung der Staatshaushalt keinen Fehlbetrag ausweisen.

#### Polen erhält deutsche Kriegsschiffe

Danzig, 30. Juli. Von den an Frankreich und England ausgelieferten deutschen Kriegsschiffen kommt der kleine Kreuzer „Danzig“ und sechs kleine Torpedoboote B 108, A 59, A 54, A 68, A 69 und A 80 an Polen, die den Stamm der zu bildenden polnischen Kriegsmarine bilden sollen. Die Schiffe sind, nachdem sie in England repariert und umgebaut worden sind, in die Ostsee gelassen und haben in Danzig Station genommen. Sie führen jetzt reichspolnische Namen.

#### Internationaler Boykott

Basel, 30. Juli. Der Internationale Gewerkschaftsbund — Sitz Amsterdam — hat über die großen schweizerischen Schokoladenfirmen Peter Cailler und Kohler den internationalen Boykott verhängt wegen fortwährender Unterdrückung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

#### Erörterungen über die Abrüstung

Washington, 30. Juli. Staatssekretär Hughes erklärte mit dem britischen und japanischen Botschafter und dem italienischen Geschäftsträger die Zeit für den Beginn der Abrüstungskonferenz. Großbritannien bevorzugt ein Datum nach dem 11. Nov. Frankreich sehe den Beginn am Ende des Jahres, Japan betonte, daß die Wahl eines baldigen Zeitpunktes seinen Interessen nachteilig wäre.

#### Rußland läßt die amerikanischen Gefangenen frei

Moskau, 30. Juli. Associated Press. Die Sowjetregierung hat die Bedingungen des Handelssekretärs Hoover angenommen und vorerst die in Rußland gefangen gehaltenen amerikanischen Bürger freigelassen. Als erste der freigelassenen traf gestern Frau Harrison, eine bekannte amerikanische Journalistin in Begleitung des Senators France hier ein. Frau Harrison und Senator France werden auf ihrer Heimreise Berlin besuchen.

### Wenn die Entscheidung fällt

Trotz aller Kreuz- und Querstränge der französischen Diplomatie ist es nun wahrscheinlich, daß im Laufe des August die Entscheidung über Oberschlesien fallen wird. Seit zwei Jahren hat es für die Welt und besonders für Deutschland eine oberschlesische Frage gegeben, die nach der Entscheidung nicht mehr bestehen wird. So wird es Zeit, sich allmählich an das, was danach kommen dürfte, in Gedanken zu gewöhnen.

Die Entscheidung über Oberschlesien wird von Mächten gefällt, die vor drei Jahren unsere bittersten Feinde waren, und die auch heute noch keineswegs unsere Freunde sind. Sie wird sicherlich nicht im Sinne der deutschen Forderung nach einem ungeteilten deutschen Oberschlesien ausfallen. Ein kleineres oder größeres Stück des Landes wird den Polen zugesprochen werden. Das erste, was wir danach zu erwarten haben, wird ein wütender Ansturm der nationalistischen Reaktion gegen das Kabinett Wirth sein. Die Presse der Rechten wird erklären, daß nunmehr das Fiasko jener Politik offensichtlich sei, die mit der Annahme des Ultimatums begonnen wurde. Demgegenüber ist jetzt schon zu sagen, daß der Ausfall der Entscheidung über Oberschlesien, welcher er immer sein mag, für das Kabinett Wirth kein Anlaß sein darf, zurückzutreten, und daß man sich durch das Gejäre der reaktionären Kriemhildern keinen Augenblick einschüchtern lassen darf.

Selbst wenn die Entscheidung ganz unerwartet ungünstig ausfiele, dürfte das Kabinett Wirth es auf keinen Fall so machen, wie das Kabinett Teybenbach-Simons, das den Kopf verlor und die Flucht ergriff. Die Regierung Wirth muß unter allen Umständen, auch unter den schlimmsten, so lange bleiben, bis der Reichstag gesprochen hat.

Die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien ist endgültig. Die Polen denken daran, sie mit Gewalt zu forcieren, wenn sie ihnen nicht gefällt. Deutschland wird also wohl oder übel genötigt sein, mit den geringen Mitteln, die der Friedensvertrag ihm läßt, das ihm zugesprochene Land in Verteidigungszustand zu versetzen. Daß es den Polen gelingen könnte, ein Stück des Landes, das Deutschland zugesprochen wird, gewalttätig an sich zu reißen, ist in höchstem Grade unwahrscheinlich. Noch größer aber ist die Unwahrscheinlichkeit nach der anderen Seite. Nur Kinder, die Soldat spielen wollen und die keine Ahnung von den gegebenen Kräfteverhältnissen haben, könnten glauben, daß Deutschland mit Gewalt behalten könnte, was ihm durch den gemeinsamen Spruch der alliierten Mächte abgeprochen worden ist. Jeder Versuch eines bewaffneten Widerstandes gegen die Entscheidung des Obersten Rates bliebe ein ganz nutzloses, in seinen Folgen für Deutschland verhängnisvolles Unterfangen.

Nach Artikel 90 des Friedensvertrages muß Polen in den nächsten 15 Jahren die Bergwerksprodukte des ihm zuerkannten Teils von Oberschlesien zur Ausfuhr nach Deutschland zulassen, es darf diese Ausfuhr nicht beschränken, keine Gebühr auf sie erheben und muß alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit Deutschland diese Produkte unter ebenso günstigen Bedingungen erwerben könne, wie Polen selbst. Für die deutsche Wirtschaft ist es von großer Wichtigkeit, daß diese Bestimmung des Friedensvertrages loyal gehandhabt wird, dazu werden jedenfalls besondere Abmachungen mit Polen notwendig sein. Der Schaden, den das deutsche Wirtschaftsleben erleiden wird, läßt sich auf diese Weise zum mindesten etwas abschwächen. Es bleibt aber die von den Alliierten verurteilte Minderung der deutschen Steuerkraft und überhaupt der deutschen Leistungsfähigkeit, und darauf wird in nachdrücklicher Weise aufmerksam gemacht werden müssen. Deutschland muß trotz alledem der Politik der ehrlichen Erfüllung treu bleiben, aber wenn sich über kurz oder lang herausstellen sollte, daß die an Deutschland gestellten Forderungen seine Kräfte übersteigen, so ist es gut, jetzt schon festzustellen, daß durch den Verlust eines Teiles von Oberschlesien nach dem Willen der Alliierten selbst die Leistungsfähigkeit Deutschlands weiter geschmälert wird.

Mit der Entscheidung über Oberschlesien kann die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in einen neuen Abschnitt eintreten. Der Kampf um Oberschlesien mußte diese Beziehungen vergiften und die Vergiftung ist von einer kurzfristigen französischen Militärpolitik gefördert worden, die sich diebisch freut, wenn Deutschland und Polen wie Hund und Katze zueinander stehen. Die dauernde Spannung der beiderseitigen Beziehungen, hervorgerufen durch eine ständige nationalistische Verhetzung, ist aber ein Luxus, den sich die beiden Länder nicht werden gelassen dürfen. Sie sind Nachbarn und wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Wir brauchen polnische Agrarprodukte, und Polen braucht unsere Industrieprodukte. Schon jetzt ist in Polen die Ueberzeugung stark, daß dem Elend der dortigen Wirtschaft nur durch ein enges Zusammenarbeiten mit Deutschland gesteuert werden kann. Auch die Wirtschaft Deutschlands, namentlich des deutschen Ostens, kann durch rege Wirtschaftsbeziehungen zu Polen nur gewinnen.

Eine Politik der Unversöhnlichkeit und der Rerendita könnte wohl Polen Verlegenheiten schaffen, aber sie würde Deutschland selber nur schaden und die Lage der deutschen Minderheiten in der polnischen Republik verschlechtern.

Seite 4  
Kuch & G  
Vorfahrung  
u. Kind  
weizer  
ren-  
-Mehl  
ctina-  
er mehl  
aus:  
Wegen-  
Bollmilch  
o Zucker  
im brutto  
50  
uch & G  
te  
reise  
bel  
ung  
schaft  
n. d. H.  
22  
157.  
- 6 Uhr.  
gen.  
g.  
n Oker-  
verfahrung  
sofort  
geben, von  
Zucker her-  
1727  
gen.  
ben ca.  
hfeld (frü-  
der Sub-  
1728  
Juli 1921  
gen.  
- 12 Uhr  
lischl. z.  
ie Kartens-  
genahme  
den Um-  
arten in  
artenaus-  
aten, die  
bzuholen.  
1728  
adt  
bin glanz



So wird eine vernünftige deutsche Politik bemüht sein müssen, aus der obersten Entscheidung, wie immer sie fallen mag, das Beste zu machen, was aus ihr eben noch gemacht werden kann. Die deutsche Republik hat keinen Grund, sich ihrer obersten Entscheidung zu schämen. Sie hat, nachdem ihr die Monarchie nichts anderes hinterlassen hatte als die vollkommene Niederlage und den vereinigten Haß der ganzen Welt, zwei Jahre lang einen schweren Kampf um das Land gekämpft, das ursprünglich nach dem Willen der Sieger ohne Volksbefragung und ungeteilt von Deutschland losgerissen werden sollte. Sie hat die Volksabstimmung durchgeführt und sie hat auch heute noch jedenfalls bessere Aussichten, wesentliche Teile des Landes bei Deutschland zu halten, als die Hohenzollernmonarchie, bestünde sie noch, sie besessen hätte. Jetzt geht dieser Kampf seinem Abschluß entgegen, und wie er immer sein mag, so werden wir uns in ihm dreinsinden müssen mit dem Trost, daß die Weltgeschichte damit noch nicht zu Ende ist und daß das deutsche Volk, wofür es nur aus seinen bitteren Erfahrungen etwas zu lernen verstand, auch nicht zu Grunde gehen wird.

### Kathenaus Weg

Karl Marx war es, der einmal im Hinblick auf das Proletariat den Satz formulierte: Dies Geschlecht gleicht den Juden. Schicksalsverwandtschaft zwischen beiden. — Der Versailler Frieden hat ein ganzes Volk verflaut und in die Gefangenschaft geführt. Von der „Ägyptischen Knechtschaft“ ins Land der Freiheit führt der Weg durch die Wüste. Die Diskussionen über die Milliardenzahlungen zeigen, daß der Weg ein recht langer werden wird und daß in der Wüste wohl ein ganz neues Geschlecht heranwachsen wird, das erst nach einer furchtbaren Wanderung zur Freiheit und zum Wiederaufstieg gelangen wird.

Das schwerste Stück Arbeit während dieser Wüstenwanderung wird für das deutsche Volk der Wiederaufbau der nordfranzösischen Wüste sein. Ungeheure Opfer, ungeheure Anstrengungen werden das wieder gutmachen, was ein Geschlecht des Reichstums und der Ueberhebung geküßt hat. Es war schon Kurt Eisners Gedanke, aus dem Wiederaufbau der nordfranzösischen Wüste ein Mittel der Versöhnung zwischen den beiden Ländern zu machen, deren Feindschaft das Anglied Europas, deren Feindschaft die Rettung Europas bedeutet. Kurt Eisner fiel. Der Feind, der ihn niederstreckte, ist der gleiche Feind, der diesseits und jenseits des Rheins immer wieder Antrast sat unter dem Weizen, den die gedulbige Arbeit haben wie drüben anbauen will. Der Haß schoß in Deutschland und Frankreich wieder neu in die Salme. Es wird größerer Mittel bedürfen, zwischen den beiden feindlichen Ländern die Versöhnung anzubahnen. Das größte Mittel ist jedenfalls das des Wiederaufbaus Nordfrankreichs. Aus der Schmelzkammer des Krieges kann ein Land, ein Ort des Friedens und der Versöhnung werden, wenn der Geist, der den deutschen Wiederaufbauminister besetzt, auf französischer Seite Verständnis und Entgegenkommen findet.

Für Deutschland jedenfalls bedeutet der Wiederaufbau Nordfrankreichs einen Zwang — zum Guten. Wie die Verfolgungen, Verdrückungen, die Ausbeutung des deutschen Volkes durch den Versailler Frieden an allen Ecken und Enden des Deutschen Reiches gerade die Kräfte wachrufen, die das Volk vor dem Zerfall bewahren, so schafft auch der Zwang, die nordfranzösischen Wüste in neues Kulturland zu verwandeln, im deutschen Volk neue Lebensenergien, neue Gedanken, neuen Mut, um neue Wege zu beschreiten.

Etwas neues wird von Kathenan versucht. Ein ganzes Volk, eine ganze Volkswirtschaft macht sich an die Arbeit, um ein bestimmtes Werk zu schaffen, ein Werk des Friedens. Früher stand das Volk zumeist nur dann in seiner Gefolgschaft auf, wenn die Kriegstürme durch die Länder ging. Jetzt will das deutsche Volk ein kolonialistisches Werk schaffen, größer als die Kolonialarbeiten der Engländer in Ägypten — ein neues Weltwunder!

Die ganze Organisation der Arbeit, die Ausschüttung der freien Konkurrenz, die Beschneidung der Gewinne, die Schaffung eines Ausgleichsfonds, der Charakter der Kollektivleistung und noch viele andere Reime zeigen sich, die, wenn sie erst einmal zum Sprechen und Wachsen kommen, im Laufe der Jahre ge-

gen werden, wie dem deutschen Volk infolge der Not aus einem unentrinnbaren Schicksal heraus zum — Sozialismus ausschlagen muß. Der Kapitalismus, der im Versailler Frieden sich selbst übertroffen hat, zieht sich in dem Staube, der die nordfranzösischen Wüste in einen Garten verwandeln muß, seine eigenen Totengräber heran.

### Badische Politik

#### Schulgelddbeteuerung und Lehrmittelfreiheit

Einen besonders wichtigen Punkt in der letzten Sitzung des Schulausschusses des Landtags bildete die Behandlung des sozialdemokratischen Antrages, „Schulgelde und Lehrmittelfreiheit an den Volks- und Fortbildungsschulen Badens betr.“ Er lautet: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, daß in Baden die Bestimmungen des Artikels 146 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht und die Lehrmittel in Volks- und Fortbildungsschulen unentgeltlich sind, durchgeführt werden.“

Der Berichterstatter Abg. Karl (D.M.) teilt mit, daß bis jetzt von allen deutschen Gliedstaaten nur Württemberg einen ernstzunehmenden Anfang gemacht habe, um diese Forderung zu verwirklichen. Württemberg sei daran, die Lehrmittelfreiheit nach und nach im ganzen Lande durchzuführen. Im übrigen glaube er einen Vorschlag auf Annahme oder Ablehnung des Antrages vor der allgemeinen Aussprache nicht machen zu sollen. Von sozialdemokratischer Seite wird der Antrag in konsequenter Weise vertreten und verlangt, daß zur Verwirklichung dieses in der Reichsverfassung niedergelegten Gedankens endlich etwas geschieht. Es wird auch darauf hingewiesen, daß in Baden manche Bürgermeister sich weigern, Beschlässe der Bürgerausschüsse, auf Einführung der Lehrmittelfreiheit hinzielen, durchzuführen, mit der Begründung, daß eine Genehmigung des Ministeriums noch nicht vorliege. Es würde eine Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden nicht bedeuten, wenn die Regierung einen Anstoß zur Einführung der Lehrmittelfreiheit geben würde.

Demgegenüber erklärt der Minister, daß seines Wissens bis jetzt keine Regierung eines Landes die Gemeinden in diesem Sinne gezwungen habe. In Württemberg habe man jedenfalls diese Frage auf dem Wege des Gesetzes geregelt. Alle Länder seien bereit, weiterzugehen als Preußen. Preußen betreibe den Standpunkt, daß das Reich die Kosten zu tragen habe, und lehne es ab, in dieser Sache überhaupt etwas zu tun, da dies Aufgabe des Reiches sei. Was seine Person betreffe, so werde er im Reich für die Verwirklichung des Artikels eintreten. Ein demokratischer Redner erklärt, daß er von jeder Anhänger der Lehrmittelfreiheit gewesen sei, glaubt aber, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine volle Durchführung derselben nicht möglich sei. Er meint, daß die Gemeinden dem Beispiel Mannheim und der Verwirklichung dieses Gedankens allmählich gerecht werden sollten. Nachdem auch Vertreter des Zentrums sowie der Vertreter der Deutschnationalen sich im Prinzip mit dem Antrag einverstanden erklärt haben, wird der Antrag, der eine kleine redaktionelle Menderung erfahren hatte, einstimmig angenommen. Der Antrag lautet nunmehr:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, unverzüglich darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen des Artikels 146 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht und die Lehrmittel in den Volks- und Fortbildungsschulen unentgeltlich sind, durchgeführt werden.“

Damit sind Schulgelddbeteuerung und Lehrmittelfreiheit abermals als notwendige Begleiterscheinungen der allgemeinen Schulpflicht anerkannt worden. Wir hoffen, daß endlich daraus überall die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden.

#### Ausbau der Mittelschulen in Baden

In einer Sitzung vom Mittwoch nachmittags lagen dem Schulausschuß des badischen Landtags eine Anzahl Gesuche von Gemeinden vor, welche sich auf Ausbau der bereits bestehenden Realanstalten, teils in Vollanstalten, teils in Klassen Realanstalten, beziehen. So verlangt beispielsweise Lörrach den Ausbau seiner Klassen Realanstalt in eine Klassen Realanstalt, Schopfheim den Ausbau seiner Klassen Realanstalt in eine Klassen Realanstalt, Säckingen und Waldshut jeweils die Erweiterung ihres Realprogymnasiums zu einer Realanstalt. Ueberlingen verlangt, seiner Klassen Realanstalt eine 7. Klasse anzugliedern. Das selbe verlangt Wiesloch. — In Erwiderung auf die mündliche Begründung einiger der genannten, an den Landtag gerichteten Gesuche, durch Mitglieder des Ausschusses bemerkt der Unterrichtsminister, daß eine weitere Anzahl von Gesuchen direkt an das Ministerium gerichtet worden seien und daß man diese gleichzeitig in den Kreis der Beratungen ziehen möge. Es handele sich um Wünsche ähnlicher Art aus den Orten: Breiten, Buegen, Triberg, Gernsbach, Achern und Hornberg. Er müsse aber darauf hinweisen, daß wenn allen heute zur Sprache kom-

menben Gesuchen Rechnung getragen werden sollte, dies rund eine Million Mark erfordern würde. Ein Wahhalten sei deshalb notwendig. Vor allen Dingen müsse unterschieden werden zwischen Schulbedürfnissen dauernder Natur und solchen, die aus den gegenwärtigen Verhältnissen heraus entspringen. Dabei muß man im Auge behalten, daß auch den Kindern des flachen Landes der Weg zur Bildung nicht versperrt wird. Die Regierung habe deshalb, um momentanen Verhältnissen gerecht zu werden, einigen Gemeinden gestiftet, Privatschulen zu errichten.

Neben der Bedürfnisfrage müsse auch die Frage der Aufbringung der Mittel durch die Gemeinden geprüft werden. Leider sei Sparen auch hier für den Staat bringendes Gebot. Nicht nur die Erweiterung des Lehrkörpers — Schaffung von neuen Professorenstellen usw. — sondern auch die Beschaffung von Schulmitteln, Ergänzung der Bibliothek u. a. verursache ungeheure Kosten. Das möchten die Geschäftsteller auch beachten.

Im Fall Schopfheim kam der Ausschuß mit 16 Stimmen, bei einer Enthaltung, zu folgender Entscheidung: Die Regierung ist zu eruchen, die Realsschule in Schopfheim zu einer Vollanstalt auszubauen und die hierfür nötigen Mittel in der nächsten Monatsjahre einzustellen, damit die noch fehlenden 3 Klassen zu Beginn des neuen Schuljahres an Ostern 1922 eingerichtet werden können. Die Frage des dauernden Bedürfnisses hat der Ausschuß für Schopfheim bejaht. Ferner war anschlagnend für seine Stellung, daß Schopfheim nicht nur genügend, sondern auch zweckmäßige Räumlichkeiten besitzt und der Gemeinderat die Bedingungen der Regierung in finanzieller Beziehung anerkennt und durch Beschluß des Bürgerausschusses die Mittel genehmigt erhält.

Dagegen konnte sich der Ausschuß im Falle Lörrach trotz warmer Befürwortung durch einen demokratischen Redner für eine Vollanstalt nicht entscheiden und lehnt den diesbezüglichen Antrag mit allen gegen eine Stimme ab. Daraufhin wurde einstimmig ein „Eventualantrag“ angenommen, der folgenden Wortlaut hat: „Der Landtag wolle das Gesuch des Gemeinderats Lörrach vom 7. März 1921, Erweiterung der städtischen Realsschule betreffend, der Regierung in dem Sinne empfehlend überweisen, daß in den nächsten Monatsjahre die Mittel für eine siebente Klasse an der dortigen Realsschule eingestellt werden.“ Ein Redner des Zentrums und ein sozialdemokratischer Redner empfehlen dann, dem Verlangen der Stadt Ueberlingen Rechnung zu tragen, wo neben der Bedürfnisfrage die Frage der Räumlichkeiten und die Frage der von der Gemeinde zu leistenden Mittel ähnlich liegen wie in Schopfheim. Auch für Verwirklichung des Gesuchs, Realanstalt in Wiesloch betr. wird auch bei gleichen Gründen eingetreten. Einstimmig wird beschlossen: Der Landtag wolle das Gesuch des Gemeinderats der Stadt Ueberlingen vom 15. März 1921, Angliederung einer 7. Klasse an die dortige Realsschule betr., der Regierung unter der Voraussetzung empfehlend überweisen, daß die Gemeinde hierdurch entstehenden persönlichen Aufwand voll übernehmen. Ferner: das Gesuch, die Angliederung einer 7. Klasse an der Realsschule in Wiesloch betr., unter den gleichen Voraussetzungen der Regierung empfehlend zu überweisen. Der Antrag, den Gesuchen von Waldshut und Säckingen, den Ausbau ihrer Realanstalten zu Vollanstalten statzugeben, wird mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Einstimmig wurde daraufhin nachstehende Resolution zugestimmt: Der Schulausschuß stellt den Antrag: Der Landtag wolle die Regierung eruchen, sie möge die Wünsche der Gemeinden Waldshut, Säckingen, Breiten, Buegen, Triberg, Gernsbach, Achern und Hornberg auf weitere Ausgestaltung ihrer Realanstalten unter der Voraussetzung prüfen, daß die Gemeinden den durch die Erweiterung entstehenden persönlichen Aufwand voll übernehmen.

#### Die Zahnärzte gegen die Zahnrentisten

Im Landtagsausschuß für Gesuche und Besondere wurden zwei beachtliche Eingaben verhandelt; sie betrafen folgendes: Die Zahnärztekammer erucht um Aufhebung der Verordnung vom 29. März 1920, welche die staatliche Prüfung der Dentisten festlegt. Die Geschäftsteller weisen darauf hin, daß die mangelhafte Vorbildung der Dentisten eine Gefahr für die Volksgesundheit bilde. Die Zahnbehandlung erfordere eine wissenschaftliche Vorbildung. Hierzu lag eine Eingabe der Dentisten vor; sie gibt zwar zu, daß eine gewisse theoretische Vorbildung notwendig sei, in der Hauptsache sei aber die Zahnbehandlung eine Frage des praktischen Könnens, eine technische und manuelle Fertigkeit. Die Erkenntnis, daß theoretisches Wissen dem Dentisten notwendig sei, habe dazu geführt, daß der Dentistenverband in Karlsruhe ein eigenes Institut auf seine Kosten errichtet habe. Die Prüfungsordnung dazu hat das Ministerium des Innern erlassen. Der Vorsitzende der Prüfungskommission ist der Bezirksarzt I in Karlsruhe. In der Aussprache führten sich alle Parteien zu der Angelegenheit. Auch die Sozialdemokratie war der Ansicht, daß die Verordnung für die Dentisten einen Fortschritt

### Manon Lescaut

Roman von A. F. Prédobst

(Fortsetzung.)

Obwohl ich ihr Generalablaß aller ihrer Sünden zuwachte, wollte ich doch erfahren, auf welche Art sie sich von Herrn v. B. hatte verführen lassen. Ich erfuhr nun, er habe sie am Fenster erblüht, sich in sie verliebt, und seine Erklärung als „Generalablaß“ gemacht, das heißt, er hatte in einem Briefe beteuert, der Liebe Lohn solle der Liebes-Freude nicht nachstehen. Sie hatte sofort lapidariert, aber ohne andere Absicht, als eine betrübliche Stimme von ihm zu geben, die zu unserem bequemen Lebensunterhalt dienen sollte. Endlich hatte er sie durch so glänzende Versprechungen gelendet, daß sie sich allmählich erschütterte fühlte. Doch sollte ich zurückdenken an den Schmerz, den sie vor unserer Trennung an den Tag legte; auch habe sie, trotz allen Reichtums und Wohllebens, bei ihm nie Glück empfunden, nicht nur, weil er ihr keines gewähren konnte und weil ihm mein Partgefühl, meine Liebenswürdigkeit fehlten. Sondern weil ihr Herz die Erinnerung an meine Liebe und die Reue über ihre Treulosigkeit selbst im wildesten Strudel der ihr gebotenen Zerstreuungen nicht vergessen konnte. Auch von Eiberge sprach sie, und von der namenlosen Qual, die sein Verzicht ihr verursachte.

Kein Dolchstoß, sagte sie, hätte mein Herz tiefer verwunden können. Ich drehte ihm schnell den Rücken, weil ich seinen Anblick nicht einen Moment ertragen konnte. Manon erzählte mir noch, auf welche Art sie von meiner Anwesenheit in Paris, von meinem neuen Stand und meiner Disposition in der Sarbonne Kenntnis erhalten hatte. Sie sagte, daß sie während dieser Disputation sich in solcher Aufregung befunden hatte, daß sie nur mit Mühe ihre Tränen und lauten Ausrufe unterdrückte, und den Saal zuletzt verlassen habe, um ihre Vertreibung nicht allen Blicken zu offenbaren. Endlich sei sie, nur dem ungestümen Verlangen ihres Herzens und ihrer Wünsche nachgebend, geradeswegs in das Seminar gegangen, mit dem Entschluß, sich da den Tod zu geben, falls ich mich nicht bewegen ließ, ihr zu folgen.

Wo wäre der Barbar, der von so lebhafter Reue sich nicht rühren ließe? Ich für meine Person fühlte in diesem Augenblicke, daß ich alle Dämonen der Christenheit für Manon geopfert hätte. Ich fragte sie, in welcher Art sie unsere Angelegenheit zu ordnen denke. Sie meinte, wir müßten das Seminar augenblicklich verlassen und alle weiteren Anordnungen an einem

sicheren Orte treffen. Ich unterwarf mich blindlings ihrem Willen. Sie stieg in ihren Wagen, um in der nächsten Straße in ihm auf mich zu warten. Einen Augenblick später schlüpfte ich aus dem Seminar, ohne von dem Wächter bemerkt zu werden. Ich stieg zu ihr in den Wagen. Wir fuhren erst nach dem Trübelmarkt, wo ich wieder Uniform und Degen anlegte. Manon betrat die Koffen, denn ich fand mich ohne Son, weil ich in der Hast vergessen hatte, mein Geld zu mir zu fieden. Ueberdies war mein Schatz sehr unbedeutend, und sie durch Herrn v. B. S. Freigebigkeit reich genug, um ihn zu verachten. Bei dem Trüdelmarkt bedeten wir auch, was weiter zu unternehmen sei. Um mir noch klarer zu beweisen, wie ganz und gar sie mir Herrn v. B. aufopfert, beschloß sie, ganz schonungslos gegen ihn zu verfahren.

Ich werde ihm seine Mädel lassen, sagte sie, denn sie gehören ihm. Aber den Schmutz und etwa sechzigtausend Franz, die ich in diesen zwei Jahren von ihm bekam, nehme ich, als von Rechts wegen, mit mir. Da ich ihm keine Reue über mich einräumte, so können wir ohne Furcht in Paris bleiben und ein bequemes Haus mieten, wo wir glücklich und zufrieden leben wollen.

Ich stellte ihr nun vor, daß allerdings für sie nichts zu befürchten sei, wohl aber für mich, den man früher oder später erkennen würde, und der stets der Gefahr ausgesetzt wäre, die mich schon einmal ins Anglied stürzte. Nun gab sie mir zu verstehen, daß sie sich nur mit Bedauern von Paris trennen würde. Ich fürchtete so sehr, ihr Kommen zu machen, daß es keine Gefahr gab, der ich ihr zu Gefallen nicht trotz Geboten hätte. Endlich fanden wir einen vernünftigen Mittelweg wir mieteten ein kleines Haus in einem in der Nähe von Paris gelegenen Dorfe, wo man uns wie diese Stadt leicht erreichen konnten, wenn die Notwendigkeit oder die Vergnügungen uns dahin riefen. Wir wählten das nahegelegene Chailot. Manon lebte schnell nach ihrer Wohnung zurück, und ich begab mich nach dem kleinen Eingang zu dem Zulkeringarten, wo ich sie erwarten wollte.

Nach einer Stunde kam sie in einem Nachwagen zurück. Sie hatte ein Mädel bei sich, das sie bediente, und einige Koffer, die ihre Kleider und alle die Wertgegenstände enthielten, die sie ihr eigen nannte.

Wald waren wir in Chailot angekommen. Die erste Nacht brachten wir im Gasthose zu, um Zeit zu gewinnen, ein Haus oder doch eine bequeme Wohnung für uns zu suchen. Schon am nächsten Tage hatten wir eines gefunden, das unseren Wünschen entsprach.

Jetzt hielt ich mein Glück unergründlich für ewig begründet. Manon war die Sanftmut und Nachgiebigkeit selbst. Sie

war von so zartem Mitleiden gegen mich, daß ich mich für alle Leiden reich entschädigt hielt. Da wir beide inessen einige Erfahrung erworben hatten, so besprachen wir die Selbsthat unserer Geldverhältnisse. Sechzigtausend Franz — unser ganzes Reichum — war keine Summe, mit der wir zeitweilen reichen konnten; auch waren wir nicht geneigt, unsere Ausgaben allzu sehr einzuschränken. Die Sparsamkeit war weder Manons noch meine Haupttugend. Wir entwarfen folgenden Plan. Sechzigtausend Franz, sagte ich zu ihr, können uns zehn Jahre lang erhalten. Mit zweitausend Talern jährlich können wir auskommen. Wir werden hier in Chailot wohnen bleiben und allmählich über einfach leben. Unsere größte Ausgabe soll die sein, einen Wagen zu halten und die Theater zu besuchen. Wir müssen eine geneue Einteilung machen. Da du die Oper so sehr liebst, werden wir sie wöchentlich zweimal besuchen. Was das Spiel anbelangt, wollen wir uns die Grenze setzen, sofort aufzuhören, wenn wir zwei Pistolen verloren haben. Es ist nicht denkbar, daß während zehn Jahren keine Veränderung in meiner Familie erfolgt; mein Vater ist betagt — er kann sterben; dann bin ich wohlhabend, und wir sind über alle Besorgnisse hinaus.

Diese Einteilung würde nicht der dümmste Streich meines Lebens gewesen sein, wenn wir ihr nur treugehoben wären; aber unsere Entschlüsse waren von der Lebensdauer eines Monats! Manon liebte die Vergnügungen mit Leidenschaft — ich liebte Manon leidenschaftlich; jeder Augenblick gab uns Seltsamkeit zu neuen Ausgaben, und weit entfernt, die Summen, die sie oft verächtlich verachtete, zu bedauern, war ich der erste, ihr alles zu verschaffen, was ihr, meiner Meinung nach, Freude verursachte. Unsere Wohnung in Chailot ward uns bald eine Lust.

Der Winter nahte, alle Welt lehrte nach Paris zurück, das Land wurde öd und einsam. Manon schlug mir vor, wieder in Paris ein Haus zu nehmen. Dazum konnte ich nicht willigen, um ihr aber gefällig zu sein, sagte ich, wir wollten eine möblierte Wohnung in der Stadt nehmen. Dort konnten wir schlafen, falls wir spät aus einem Gesellschaftszirole kamen, den wir oft besuchten; denn die Unbequemlichkeit einer nächtlichen Fahrt nach Chailot war Manons Vorwand, diesen Ort verlassen zu wollen. Auf diese Art hatten wir jetzt zwei Wohnungen: eine in der Stadt, die andere auf dem Lande. Diese Einrichtung brachte unsere Angelegenheiten vollends in Unordnung und veranlaßte zwei Abenteuer, die zu unserem Untergang führten.

(Fortsetzung folgt.)

aus dem Wege  
lang sei für die  
fliegenden Blätter  
Dagegen seien  
nicht zu erfüllen  
hüllt, daß das  
ein geborenes  
erster Jahre  
Wann danach  
hene theoretisch  
sei das ein zu  
ein Zentrum  
Der Aussch  
kammer zur  
sittenverbandes  
Wir mein  
nachgebend sei  
es auch im  
ab abendliche  
der Zahnarzt  
ist kann sein  
entziehen. Die  
welche die Zah  
tagausausschuß  
De

Möht auf den  
ber. beisehen.  
des 30. Oktob  
Zahnärztinnen  
somit beim 3

Zulassung  
Zab. Justizmin  
teilung weichte  
zum Borch  
auswählen betra  
schaften über  
berichtigungen  
emittiert in  
Anwendung.  
geschäfte eines  
annahs durch  
emittiert dur  
werden. Dage  
des bei Gerie  
Denntgeschäfte

Stielefeld,  
mer aus allen  
Kaufende von  
anstellungen  
ferenz der Ju  
beendet. Der  
nahm eine a  
jungsozialist  
ger und ande  
wirtschaftliche  
durch Betonun  
politik und a  
sozialistischen  
berer Gruppen  
jungsozialist  
nung unter  
saungen in  
von dem Kom  
mifantrag an  
zur (sozialdem  
kulturellen V  
stimmten aus  
Anfänglichlich  
wegung verla  
schluß erhoben  
stimmung der  
deshalb als  
ung noch in  
vollkommene  
zeicht ist.

### Neuroi

Der Ent  
und Bezirks  
gestellt und  
Gemeindegat  
ten zugestell  
geben. Die  
Rechtsquellen  
Selbstverwan  
abständig, die  
(Die Amtspha  
des „A.“) Z  
meinden und  
gaben der bi  
jeder stimm  
Bürgerrecht  
In jeder Ge  
besoldeten u  
germeister g  
Bürgermeister  
des Gemein  
einheitliche  
baxer ansicht  
Gemeinderat  
meister und  
sich Jahre  
wegen Reue  
zur Verantw  
keit seine  
Bevölkerung  
der Gemein  
vom Gemein  
mentritt wird  
Die bisherige  
behalten, ab  
liche Behörde  
sich auch der  
süßrigen A  
Bezirkshaupt  
treiben drei



... dies rund um die Frage der Volksgefundheit bedeutet. Die Zahnbehandlung sei für das ganze Volk eine Notwendigkeit geworden. An kleineren Klagen könne aber kein Zahnarzt sich niederlassen. Die geprüften Dentisten in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen. Die Krankenkassen haben ebenfalls festgelegt, daß das Vertrauen der Versicherten zu den Dentisten ein anderes ist als zu den Zahnärzten. Das beweise, daß in erster Linie die technischen Fähigkeiten ausschlaggebend seien. Wenn demnach das durch obgenannte Verordnung vorgeschriebene theoretische Wissen bei den Zahnärztinnen hinzukommt, so sei das ein Fortschritt, der nur begrüßt werden könne. Auch ein Zentrumszahnarztprober in gleichem Sinne.

Der Ausschuss beschließt, über das Gesetz der Zahnärztinnen zur Tagesordnung überzugehen; das Gesetz des Dentistenverbandes ist dadurch erledigt.

Wir meinen, wenn im neuen Volksstaat der Grundgedanke maßgebend sein soll: Freie Bahn dem Tüchtigen! dann darf es auch im Zahnbehandlungsgewerbe nicht darauf ankommen, ob akademische Vorbildung vorhanden ist oder nicht. Es kann der Zahnarzt ein zuverlässiger Mann sein, aber auch der Dentist kann sein Gewerbe in durchaus zufriedenstellender Weise betreiben. Die Attende gegen die „nichtstudierten“ Dentisten, welche die Zahnärzte unternehmen, hat deshalb auch im Landtagsauschuss keinen Erfolg gehabt.

### Der Termin der Landtagswahlen

Wählt auf dem ursprünglich angelegten Tag, den 30. Oktober, bestehen. Die Verlängerung des Landtags vom 15. bis 30. Oktober wird durch ein Gesetz möglich sein. Eine Volksabstimmung ist dazu nicht notwendig. Es bleibt somit beim 30. Oktober als Wahltermin.

Zulassung von Frauen zu den juristischen Prüfungen. Das Justizministerium hat seinen Erlaß über die Zulassung weiblicher Personen zu den juristischen Prüfungen, sowie zum Vorbereitungsdienst bei Justizbehörden und Rechtsanwaltschaften herausgegeben. Nach diesem Erlaß finden die Vorprüfungen über die juristischen Prüfungen, sowie über den Vorbereitungsdienst der Referendare bei Justizbehörden und Rechtsanwaltschaften in Baden auch auf Personen weiblichen Geschlechts Anwendung. Zur selbständigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Richters, Notars, Grundbuchbeamten, Staatsanwalts dürfen Personen weiblichen Geschlechts nicht bestellt werden. Dagegen können sie während des Vorbereitungsdienstes bei Gerichten mit der einseitigen Wahrnehmung von Dienstgeschäften des Gerichtsschreibers betraut werden.

### Aus der Partei

#### Die Arbeiterjugend in Bielefeld

Bielefeld, 30. Juli. Zum sozialistischen Jugendtag sind hier aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland Tausende von Teilnehmern eingetroffen. Die offiziellen Veranstaltungen wurden gestern nachmittag durch eine Reichstagsfeier der Jungsozialisten eingeleitet und heute fortgesetzt und beendet. Den Hauptteil der Verhandlungen der Konferenz nahm eine ausgedehnte Diskussion über Wesen und Ziel der jungsozialistischen Bewegung ein. Die Tendenzen der Hamburger und anderer Gruppen, die eine Überwindung der einseitig wirtschaftlichen Einstellung der alten sozialdemokratischen Partei durch Betonung der Notwendigkeit einer ideologischen Kulturpolitik und auf diesem Wege eine Erneuerung des Geistes der sozialistischen Partei erstreben, stießen auf den Widerspruch anderer Gruppen, die in erster Linie den Zusammenhang der jungsozialistischen Bewegung mit der Partei und die Unterordnung unter sie vertreten. Beide Richtungen legten ihre Auffassungen in Resolutionsform nieder. Schließlich wurde aber ein von dem Vorsitzenden Heinrich Schulz vorgelegter Kompromißantrag angenommen, der die Zugehörigkeit aller Delegierten zur sozialdemokratischen Partei ausspricht, im übrigen aber den kulturellen Bestrebungen der Hamburger und der ihnen nahe liegenden Gruppen freie Bahn öffnet. Gegen diesen Antrag stimmten nur 8 Delegierte, die eine schärfere Betonung der Einseitigkeit von Sozialdemokratie und jungsozialistischer Bewegung verlangt hatten. Demgegenüber verlor der zum Beschluß erhabene Antrag den ausgesprochenen Zweck, eine Überwindung der Einseitigkeit durch die andere zu vermeiden, die deshalb als nicht angezeigt erschien, weil sich die ganze Bewegung noch in einem Zustande der Wägung befindet, und eine vollkommene Klärung über das, was werden soll, noch nicht erreicht ist. (Frankf. Zig.)

### Gemeindepolitik

#### Neuordnung der Gemeindeordnung im Freistaate Sachsen

Der Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung im Freistaate Sachsen ist schon fertig gestellt und zur Begutachtung dem Ministerium, dem sächsischen Gemeindevorstand und den andern in Frage kommenden Interessenten zugestellt worden. Er soll noch im Herbst dem Landtage vorgelegt werden. Das neue Gesetz stellt eine Vereinfachung der Rechtsquellen auf kommunalem Gebiete dar und gewährt der Selbstverwaltung den weitesten Spielraum. Der Entwurf beschäftigt die Amtshauptmannschaften zu kommunalverwaltlichen. Die Amtshauptmannschaft gleicht etwa dem Bezirksamt. Neben dem „A.“ durch den Ausbau der Selbstverwaltung der Gemeinden und Verbände werden künftig eine Reihe von Aufgaben der bisherigen Aufsichtsräte wegfallen. Künftig soll jeder stimmungsberechtigten Einwohner Bürger sein, ein besonderes Bürgerrecht also weder erworben noch verliert werden können. In jeder Gemeinde soll nur ein Gemeinderat sein, der aus gewählten und ungewählten Mitgliedern besteht und vom Bürgermeister geleitet wird. Jedoch will der Entwurf, daß der Bürgermeister nicht allmächtig, sondern nur ausführendes Mitglied des Gemeinderates sein soll. Für die Gemeindewahl ist die einheitliche Wahl im ganzen Lande an einem Tage mit unmittelbarer anschließender Wahl des Bezirksrats vorgesehen. Der Gemeinderat soll auf drei Jahre gewählt werden. Der Bürgermeister und die befohlenen Gemeinderatsmitglieder werden auf sechs Jahre gewählt. Künftig sollen Gemeinderatsmitglieder wegen Änderungen in den Sitzungen freizuschicklich nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können. Der Gemeinderat leitet seine Aufgabe mit den Ausschüssen. In diesen soll die Bevölkerung in weitestem Maße zur Mitarbeit an den Aufgaben der Gemeinde herangezogen werden. Der Bürgermeister wird vom Gemeinderat gewählt. Drei Monate nach seinem Amtsantritt müssen sich auch die Bürgermeister zur Neuwahl stellen. Die bisherigen Bezirke der Amtshauptmannschaften werden beibehalten, aber die Amtshauptmannschaften hören auf, als staatliche Behörden zu existieren. Die der Bürgermeister, so muß sich auch der Amtshauptmann zur Wahl stellen. An Stelle der bisherigen Bezirksversammlung tritt der Bezirksrat, dem der Amtshauptmann vorsteht. An Stelle des Bezirksausschusses treten drei Ausschüsse, ein Verfassungsk-, ein Verwaltungsg- und

ein Wohlfahrtsausschuss, denen alle Ortsgerichte, Haushaltspläne usw. vorgelegt werden müssen. Ein Bestätigungsrecht der Beamten soll es in Zukunft nicht mehr geben, wohl aber die Möglichkeit, säumige Gemeinden zur Pflichterfüllung zu bringen. Die Auflösung eines Gemeinderats soll dem Ministerium vorbehalten bleiben, während der Bezirksrat nur durch Landtagsgesetz aufgelöst werden kann. Die Vereinfachung von Rittersgütern soll in Zukunft mit der Gemeinde erfolgen, mit der sie hauptsächlich durch die Wohnstätte und Betriebsräume verbunden sind. Mit diesen Neuerungen will der Entwurf eine völlige Neuordnung der Selbstverwaltung auf der breiten Grundlage der Selbstbestimmung der Gemeinden und ihrer Verbände erreichen.

### Badischer Städteverband

Der Vorstand des badischen Städteverbandes hat am 25. Juli in Freiburg eine Sitzung abgehalten. Aus der Tagesordnung seien folgende Angelegenheiten hervorzuheben: Die Ausstellung und der Austausch der Quittungsscheine für die Invalidenversicherung erfolgte z. B. durch die Städte, wie in anderen deutschen Ländern muß zur Entlastung der Städte verlangt werden, daß diese Arbeit künftig den Krankenkassen übertragen wird. — Nach dem Entwurf einer neuen Gemeindeordnung kann die Gemeindebildung, die die Gehalts- und Anteilungsverhältnisse der Gemeindebeamten regelt, durch Anrufung der Schlichtungsausschüsse angefochten werden. Es ist notwendig, daß für diese Anrufung eine bestimmte Frist gesetzt wird. Die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Gesetz soll beantragt werden. Ferner muß eine andere Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse angestrebt werden. — Im Jahre 1914 ist ein badisches Gesetz zur Durchführung des politischen Arbeitszwangs erlassen worden. Das Gesetz kam aber infolge des Krieges nicht zur Durchführung. Bei den heutigen Verhältnissen wird der Ertrag einer Vollzugsverordnung zu diesem Gesetz nunmehr für dringend notwendig erachtet. — Die Heranziehung von Unterhaltspflichtigen zu den Kosten der öffentlichen Armenpflege ist nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Zeit nur möglich im ordentlichen Gerichtsverfahren. Es erscheint geboten, eine Änderung der Armenpflegeordnung in dem Sinn herbeizuführen, daß wie in Preußen und Bayern die Heranziehung der Unterhaltspflichtigen im sogenannten rechtsstaatlichen Verfahren, also unter Vermittelung des langwierigen gerichtlichen Verfahrens durchgeführt werden kann. — Eine Gemeindebefreiung auf Wanderlager und Hausierhandel, neben der bestehenden Staatssteuer, soll angeordnet werden, auch aus dem Grunde, um dem Heberhandnehmen des Wanderlageres und Hausierhandels vorzubeugen. — Der Gründung einer Darlehenskasse für die Gemeindebeamten nach dem Vorschlag des Gemeindebeamtenverbandes wird zugestimmt. Die Kasse hat den Zweck, den Beamten namentlich zur Deckung der Einkäufe für den Winter Vorschüsse zu gewähren. — Zur Behebung der Wohnungsnot ist es dringend erforderlich, daß Reich und Staat zur Unterbringung ihrer Beamten in großzügiger Weise selbst neuen Wohnraum erstellen. Es ist nicht anzunehmen, daß die von den Gemeinden mit erheblichen Aufschüssen errichteten Wohnbauten auch von den Reichs- und Landesbeamten weiterhin in Anspruch genommen werden.

Feldberg, 29. Juli. Obgleich sich bei der hiesigen Abstimmung über die Frage des getrennten und ungetrennten Unterrichts an der hiesigen Volksschule eine sehr große Mehrheit der Eltern und Lehrerschaft für den ungetrennten Unterricht ausgesprochen hatte, teilte das Unterrichtsministerium dem Stadtrat mit, es könne nicht an ungetrennten Unterricht festhalten, sondern müsse es dabei belassen, daß jetzt wieder Vor- und Nachmittagsunterricht stattfindet. (Anspruch.)

### Das Ortlaffenverzeichnis für Baden

Von A. Weismann, Mitglied des badischen Landtags. Vor einigen Tagen ging eine kurze Notiz durch die Presse, daß das Finanzministerium der Reichsregierung vorschlägt, mehrere badische Städte und Gemeinden in die Ortlasse A zu versetzen; bis jetzt befand sich nur Mannheim in dieser Ortlasse. Diese Notiz ist richtig; aber sie ist unvollständig. Denn die genannten Vorschläge, welche das Finanzministerium dem Haushaltsausschuss des badischen Landtags vor kurzem unterbreitete, beziehen sich nicht nur auf die Ortlasse A, sondern ebenso auf B, C und D. Sie werden der Öffentlichkeit unterbreitet, wenn der Landtag in der ersten Augustwoche in einer Plenarsitzung zu den noch ständig einfließenden Eingaben und Zuschriften, welche das neue Ortlaffenverzeichnis betreffen, Stellung nimmt und sie vor den Landtagsferien zu erledigen sucht. Im allgemeinen ist die vorzunehmende oder vorgenommene Einreihung einer Stadt oder einer Gemeinde in eine höhere Ortlasse von großer Bedeutung für den staatlichen, städtischen und gemeindlichen Beamten. Nach der Ortlasse richtet sich der Feuerungsbeitrag, den er zu seinem durch die Bevölkerungsordnung festgesetzten Gehalt bekommt. Nach der Ortlasse richtet sich aber auch die Kinderzuschläge und dadurch wird sein Gesamteinkommen in sehr hohem Maße von der Einreihung des Ortes, in welchem er wohnt oder seinen Dienstort hat, beeinflusst. Es ist deshalb erklärlich, wenn in der gegenwärtigen Feuerungszeit die etwa 16000 Beamten des badischen Staates großes Gewicht auf die „richtige“ Einreihung in das Ortlaffenverzeichnis legen und die Parlamente mit entsprechenden Gesuchen bombardieren.

Aber nicht nur der Beamte ist daran stark interessiert, sondern auch der im Staatsdienst befindliche Angestellte, der staatliche Arbeiter, ferner die Pensionäre und Militärenten, nicht minder aber auch die Kriegsgeldbesitzer und Erwerbslosen einer jeden Stadt, denn letzten Endes richtet sich auch nach der Art der Einreihung der in Frage kommenden Stadt oder Gemeinde die Höhe des zu empfangenden Geldetrags. So steht dem Reichstag in seiner Septembertagung, falls bis dahin die entsprechenden Beschlüsse des Reichsrats und des sog. 3. Ausschusses vorliegen, eine große Aufgabe bevor. Wohl gemerkt, dem Reichstage, nicht dem Landtage. Dieser ist lediglich der Briefträger für alle die das künftige Ortlaffenverzeichnis betreffenden Beschlüsse. Er kann sie nur, und zwar mit seiner Macht zu Ende. Es ist deshalb falsch, dem badischen Landtag oder die badische Regierung oder eine bestimmte Partei in Baden für das künftige Ortlaffenverzeichnis verantwortlich zu machen, der Schwerpunkt der Angelegenheit liegt beim Reichstage resp. bei seinen Ausschüssen.

Nun soll das endgültige Ortlaffenverzeichnis am 1. Oktober ds. J. fertig sein; das hat der Reichstag, als er im Juni die Ortlaffenfrage kurz behandelte, ohne Annäherung beschlossen. Wird das möglich sein? Bedenkt man die vielen Tausende von Städten und Gemeinden des deutschen Reiches, erwidert man die statistischen Vorarbeiten, die doch nun einmal nötig sind, wenn man die Einreihung einer Stadt oder Gemeinde auf die maßgebenden Feuerungsabgaben will, stellt man ganz objektiv fest, daß eigentlich fast jede Stadt oder Gemeinde sich als den „äußersten Ort Deutschlands“ betrachtet; dann vermag man die ungeheuren Schwierigkeiten zu erkennen, welche sich einer völlig zureichenden Einreihung in das Ortlaffenverzeichnis entgegenstellen. Die Herausfindung einer Besondereordnung ist schwer, noch schwerer aber die Aufstellung eines Ortlaffenverzeichnisses, welches einigermaßen den tatsächlichen Feuerungsverhältnissen in den einzelnen deutschen Ländern entspricht. Denn die Kriegs- und Zwangswirtschaft hat die

Sachlage zwischen großen und kleinen Städten und Gemeinden verschoben. Es kann die Feuerung in manchen mittleren oder kleineren Orten größer sein, wie in der erstbesten Großstadt, und deswegen befinden sich auch in dem vom Reichstag genehmigten Ortlaffenverzeichnis nicht nur die größten Städte Deutschlands, sondern ebenso kleine Gemeinden, die vielleicht im besetzten Gebiet oder in Ostpreußen liegen, in Ortlasse A. Hier heißt es abwägen, um das Richtige zu treffen; aber gerade dieser Umstand macht die Fertigstellung eines gerechten Ortlaffenverzeichnisses, wie schon bemerkt, überaus schwer.

Der Streit ist auch heiß entbrannt um die Zahl der Ortlassen. Der badische Finanzminister hat sich jüngst im Landtag für drei Ortlassen ausgesprochen, die sozialdemokratische Fraktion hat sich im Haushaltsausschuss auf den gleichen Standpunkt gestellt, ebenso unsere im Reichstag sitzenden Genossen und auch die sozialdem. Fraktion der preussischen Landesversammlung. Allein sowohl die preussische Staatsregierung, wie die Reichsregierung erklären, daß man in Deutschland unbedingt, wollte man den Feuerungsunterschieden in den früheren Bundesstaaten gerecht werden, fünf Ortlassen brauche. Zudem kosteten drei Ortlassen etwa 1200000 M mehr und das Reich könne dies bei der bekannten miserablen Finanzlage zurzeit einfach nicht leisten. Man kann sich über diesen Standpunkt auseinandersetzen und ihn für berechtigt halten, aber mit 5 Ortlassen hat man in der nächsten Zeit nun einmal zu rechnen.

Die Entscheidung soll nun Ende August in Berlin fallen. Die Reichsregierung hat die offiziellen Ländervertreter, sowie die beruflichen Beamten, Angestellten- und Arbeiter-Organisationen auf diesen Termin nach dort geladen, um die endgültige Zusammenstellung des Ortlaffenverzeichnisses vorzubereiten. Denn, wie schon bemerkt, ab 1. Oktober soll es Gesetz werden. Einzelne Länder wollen nun durch ihre Parlamente noch ein übriges tun; so hat man in Preußen und Sachsen, so weit bis jetzt Beschlüsse vorliegen, beschlossen, auch Abgeordnete der Länder zu dieser erwähnten Zusammenkunft zu delegieren. Der Haushaltsausschuss des badischen Landtags, der die Ortlassenfrage erst jüngst ebenfalls wieder behandelt hat, ist darüber noch nicht schlüssig geworden, aber zweifellos legt auch der badische Landtag das größte Gewicht darauf, daß ein Ortlaffenverzeichnis zustande kommt, welches den Feuerungs- und sonstigen Verhältnissen in Baden, das zudem jetzt auch Grenzland ist, einigermaßen gerecht wird. Ob dieses Ziel erreicht wird? Man kann und muß von der Regierung und vom Landtag verlangen, daß sie bei der Schaffung des neuen Ortlaffenverzeichnisses in weitestem Maße ihre Pflicht tun, aber letzten Endes entscheidet man in Berlin und nicht in Karlsruhe.

An die sozialdemokratische Landtagsfraktion sind auch einige Petitionen von Arbeiter-Organisationen, darunter des Verbandes des deutschen Verlethespersonals, Gau Baden, gelangt. Es wird darauf hingewiesen, daß früher für die Staatsarbeiter in Baden nur 3 Ortlassen bestanden, die Verlethespersonale haben 5 Klassen gebracht. An sich belägen ja für die Beamten und für die Arbeiter verschiedene Ortlassen. Deswegen sind in dem vorliegenden Ortlaffenverzeichnis für die Beamten etwa 140 Eisenbahnstationen niedriger eingestuft, als dies in der Ortlassenverteilung der Arbeiter der Fall ist. Nur neun Stationen sind für die Beamten höher eingestuft als wie im Eisenbahntarif. Es muß hier ein Ausgleich gesamt und gefunden werden. Natürlich dürfen die Arbeiter in das Ortlaffenverzeichnis nicht schlechter eingestuft sein, wie die Beamten. Aus diesem Anlaß richtete ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Haushaltsausschuss des badischen Landtags an den Finanzminister eine diesbezügliche Anfrage. Er antwortete, daß diese Angelegenheit bei dem Abschluß des neuen Lohnarbeits für die Staatsarbeiter geregelt werden müsse. Selbstverständlich seien die Arbeiter auszuweisen an das Ortlaffenverzeichnis der Beamten. — Dieser Antrag ist auch die sozialdemokratische Fraktion; die Arbeiter dürfen keine Verschlechterung durch das neue Ortlaffenverzeichnis erleiden.

Alles in allem darf gesagt werden, daß es nach meiner Auffassung noch jahrelanger Arbeit bedarf, um ein einigermaßen gerechtes Ortlaffenverzeichnis für Beamte und Arbeiter herzustellen. Unermüdlich müssen deren Organisationen tätig sein, um das nötige einwandfreie Zahlenmaterial über die Feuerung in den einzelnen Orten und Gemeinden zu liefern. Was an der Sozialdemokratie liegt, so wird sie wohl im badischen Landtag, wie im deutschen Reichstag, bereit sein, auch auf diesem Wege zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und der Beamten nach Kräften beizutragen.

### Die Brandkatastrophe in Löffingen

Löffingen, 30. Juli. Einem anschaulichen Bericht von dem außerordentlich schweren Brandunglück, das das Städtchen Löffingen heimlich suchte, finden wir im „Echo vom Hochsitz“, dem wir folgendes entnehmen: Vom sogenannten „Mailänder“-Tor auf der Westseite des Städtchens zog sich ein einziges riesiges Feuermeer über das „Mailänder“-Hinterland gegen den Alsenberg. Überall waren die Leute tätig, um wenigstens einen färglichen Rest der einstigen Habe zu retten oder anderen zu helfen. Doch dem Wüten des Feuers gegenüber schienen diese Tätigkeit kaum schnell genug. Wurden doch die aus den zum Teil brennenden Häusern geretteten Stücke vom Hausrat, die man abseits in die Gärten gelegt hatte, selbst dort ein Raub der Flammen! Einer der am meisten bedrohten Punkte war das Postamt unten im Städtchen, wo denn auch sofort die meisten der neu ankommenden Wehren eingesetzt wurden. Dort ihrer rastlos, nicht ablassenden Tätigkeit gelang es, nachdem in der Marktsprache der Papierfabrik Neustadt ein mächtiger Helfer zur Stelle war, hier nach 5 Uhr wenigstens des Feuers Herr zu werden und so Postamt, Rathaus und nächste Umgebung zu bewahren. Die Rettungsarbeiten waren durch den immer fühlbarer werdenden Wassermangel sehr erschwert, schließlich mußte man nur noch mit Jauche das Riesenfeuer bekämpfen. Der Alsenberg war besonders infolge Flugfeuer gefährdet. Erst gegen 6 Uhr abends gelang es allmählich, über die Stätte des Grauens einen Überblick zu erhalten. Etwa 200 Personen sind obdachlos geworden. Der Gesamtschaden an Gebäuden und Fahrnissen dürfte schätzungsweise etwa 20 Millionen betragen. — Wie gemeldet, ergriffen leider gewissenlose Subjekte die Gelegenheit, die armen Opfer des Unglücks noch dessen zu berauben, was ihnen geblieben war. Einer oder zwei, die bei ihrer schmutzigen Tätigkeit ergriffen wurden, erhielten gleich die wohlverdiente Tracht Prügel. Ergreifende Szenen spielten sich unter den von dem Unglück Betroffenen ab.

Das Staatsministerium hat der Gemeinde Löffingen durch ein Telegramm des Staatspräsidenten die herzlichste Teilnahme zu dem Brandunglück ausgesprochen lassen. Minister Memmel wird an Ort und Stelle die für die erste Hilfeleistung notwendigen Maßnahmen treffen.

Die Jureise zum Brandplatz in Löffingen ist nach einer Mitteilung des Bezirksamts Neustadt bis auf weiteres verboten. — Die Ausfuhr von Vieh aus Löffingen ist verboten.

**Hautröte** sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blüthen, Mitesser, Finnen, Pickeln, Pusteln etc. verschw. durch Ugl. Gebrauch d. echten **Kreuzerpfand-Feerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. u. Ueberall zu haben.



### Aus der Stadt

Karlsruhe, 1. August  
Geschichtskalender

1. August. 1291 Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 1914 Beginn des Weltkrieges. 1919 Zusammenbruch der ungarischen Sozialregierung.

#### Der Banauß im Magauer Rheinbad

Der „Badische Beobachter“, der sich in früheren Jahren schon ruhmvolle Lorbeeren im Kampfe gegen die Nymphengruppe im Erprinzenpark, gegen die nackte Stephanie auf dem Ludwigsplatz, gegen die beiden Duden an der Goethe-Schule, sowie gegen die nach seiner Meinung zu mageren Frauen gehalten im Gießfeld des Kongresshauses geholt hat, wartet seinen Lesern mit neuen ganz erschütterlichen Feststellungen über den Niedergang von Anstand und Sitten auf, denen er eine Vierteljahr seines kostbaren Raumes widmete. Man stelle sich vor: Tausende von Menschen schau vor der allerbunden Sonnenhitze und haben außer dem üblichen Badelohm weder Kosmetik noch Wasche und Jaleot an. In diesem geradezu skandalösen Zustand baden, wie der „Beobachter“ der aufgeschrieenen Leserschaft mitteilt, im Familienbad Männlein und Weiblein, Groß und Klein, Bekannt und Unbekannt durcheinander und nebeneinander. Manche Badegäste sollen auch coram publico Närrigkeiten austauschen und im Badelohm „Schieber“ tanzen, so daß viele Badegäste von dem Treiben abgestoßen, lieber auf das Baden verzichten — selbst mit dem Abonnement in der Tasche. Das ist kurz zusammengefaßt der Kern der erlenlangen Kommentierung des „Beobachters“ über das Familienbad.

Im Anschluß hieran weiß das Blatt noch weiter zu berichten, daß junge Durschen nur mit einer Turnhose kelleidet dem Ballspiel huldigen und Schulbuben mit nacktem Oberkörper auf die Straße gehen. Auch die Damenwelt bekommt ein Teil ab, die ihr Fleisch wie „im Rehgeladen“ zur Schau trägt. Zustände, die nach der Meinung des Artiklers dem christlichen Sittengesetz unabweisbar — darum auch die Erscheinungen des Verfalls, des Untergangs unserer Kultur! Zum Schluß wird der Stadtrat angerufen, der sich in die Zustände hineinlegen soll und es geht nur noch die Fürtüte nach Pech und Schwefel, um das sündige Sodoma und Gomoraß mit Stumpf und Stiel zu vernichten.

Ganz so schlimm ist jedoch die Sache nach unserer und auch anderer Leute Meinung nicht. Im Familien- und Sonnenbad geschieht nichts, was einen normal empfindenden Menschen verlegen könnte. Wir haben im Gegenteil die Beobachtung gemacht, daß von der übertriebenen Mehrzahl der Badenden Sittlichkeit und Anstand durchaus gewahrt wird, ist doch jeder Einzelne händig unter Kontrolle und geradezu gezwungen sich anständig anzuführen. Es geschieht nirgends weniger Anstößiges als gerade an solchen Orten. Der „Beobachter“ leistet mit seiner heuchlerischen Moralpredigt allernennenswerten geradezu Vorwurf. Wenn der Redaktionsbanauß des „Beobachters“ keine badenden Menschen oder nur mit der Hufe belaidete kleine Duden sehen kann, ohne aus dem sittlichen Gleichgewicht zu kommen, so soll er ruhig auf seine Abonnementkarte verzichten und dem Bad fernbleiben. Er mag dan in majorem dei gloriam mit seinen Winterhosen herumlaufen, so lange er will; man acht darüber und badet ruhig weiter. Auch die Duden haben ganz recht, wenn sie bei der Hitze barfuß und in der Hufe sich herumtummeln, es ist praktisch und gesund.

#### Obituarier

Die aus Bühl berichtete „ird. ist der Obdruher bereits im schönsten Gange. Schon langsam beginnt die Frühjahrsgerichte. Für Bübler Bollweischen sind laut „Acker- und Bübler Bote“ gestern 250 M bezahlt worden. Für Stimmerfrühweischen 3 M. Heute soll die Breite auf 3,20 bis 3,50 M (!) gestiegen sein. Für Birnen wurden bezahlt 1,60 und 1,80 M, für Äpfel 1,60, Pfäunen 2 M, Pfirsiche jeder Qualität 3 M, 4 M, sogar 4,50 M. Wenn man diese Zahlen liest, muß man neugierig sein auf die Breite, die in der Stadt für Obst verlangt werden. Es handelt sich allerdings zunächst um Frühobst. Die Preise müssen aber stark zurückgehen, wenn die allgemeine Bevölkerung zu Obst kommen soll. Solche Preise können nur Schieber und Wucherer bezahlen.

#### Das proletarische Kleinkind

Neue Feststellungen haben ergeben, daß es in Deutschland heute sechs Millionen fürsorgebedürftige Kleinkinder gibt. Das Kleinkinderalter weist die höchste Krankheitsziffer auf. 96 Prozent aller Todesfälle an Mäxer und 97 Prozent aller Todesfälle an Säuglingen entfallen auf die ersten 5 Lebensjahre. Auch unter der Nachkriegszeit hat das Kleinkind heute wie nie zuvor zu leiden. Eine weitere besondere Gefahr sind die Nachkrankheiten der Infektionskrankheiten (Augen- und Ohrenleiden). Und auch die Zahl der Unfälle, die das Kindesalter erleidet, ist gestiegen, weil immer noch viel zu sehr Mann und Frau arbeiten müssen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Dazu kommt das Hauptproblem der gesundheitlichen Kleinkinderfürsorge, der Kampf gegen die Tuberkulose, da in mehr als der Hälfte der Fälle die Ansteckung mit dem Tuberkelbazillus vor dem Eintritt in das schulpflichtige Alter erfolgt.

Es ist bedauerlich, daß bei solchen Tatsachen das statistische Erfassen der Verhältnisse des Kleinkinderalters noch so im Argen liegt, daß ein genauer Lesebericht und ein tiefes Erkennen der Zusammenhänge nicht möglich ist. Immerhin lassen uns die Zahlen, die vorhanden sind, die große Bedeutung erkennen, die einem weiteren Ausbau der Kleinkinderfürsorge zukommt. Sechs Millionen fürsorgebedürftiger Kleinkinder! Diese Zahl spricht wahrlich eine beredte Sprache. Sie zeigt uns das soziale Elend in seiner ganzen Größe und die völlige Mangelhaftigkeit unserer heutigen Kleinkinderfürsorge. Es ist unsere Aufgabe, unter ganzem Augenmerk auf dieses Problem zu richten, da von dessen Lösung zum guten Teile die gesunde Entwicklung unseres Volkes und die Zukunft abhängt.

**Kinderkommission.** Die Bezirksleiterinnen treffen sich zwecks wichtiger Besprechung heute Montag abend 8 Uhr bei Genossin Fischer, Morgenstraße 24, 2. Et.

Für die Kinderkommission sind weiter eingegangen: Dr. Kullmann 100 M, Transportarbeiter-Verband 100 M, Krull 20 M, Köpper 20 M, Hipp 20 M, Ungenannt 1 M, Zeiler 5 M, Pfeifer 1 M, Rarcker 2 M, Böhringer 10 M, Winter 10 M, Fischer 20 M, Ungenannt 10 M, Philipp 20 M, Sigmund 20 M, Schwall 10 M, Sauer 20 M, Frau Fischer 20 M, Bech 5 M, Verband der Wähler 123 M, Verband der Deutschen Buchbruder 50 M, Verband der Bauarbeiter 200 M, Verband der Fabrikarbeiter 100 M, Verband der Lithographen und Steinbruder 25 M, Brauerei Moninger 200 M, Firma Leichter 20 M, Verbandsbesitzer Knopf 200 M, Ungenannt 200 M, Firma Wucherer 30 M, Gen. Klaus 10 M, Horler 10 M, Rüdert 10 M, Marum 100 M, Weismann 15 M, Frau Zeiler 5 M. Allen Vernehmlich Dank.

J. A. Fr. Stoll, Rudolfstraße 24.

Deutscher Metallarbeiterverband (Ordnungsmäßigkeit Karlsruhe). Bei der Bekanntgabe des Wahlresultats in unserm An-

erat am Samstag ist bei der Unterzeichnung des Wahlkomitees der Name Schulenburg aus Versehen hinzugefügt.

Die neuen Postkarten werden nicht mehr von der Reichsdruckerei in Berlin, sondern in München gedruckt. Die ersten neuen Postkarten sollen in diesen Tagen versandfertig sein. Es sind solche zu 30 und 40 Pf. Sie haben aber nicht mehr das Bild wie die Briefmarken, sondern das eines reisenden Postillons. Der Himmel ist mit strahlender Sonne erfüllt; auf ihm ist groß, nicht stilisiert die Berggipfel angebracht. Unten zeigt ein Band nur die Inschrift: „Deutsches Reich“. Von den neuen Marken gibt es aber zunächst nur wenige, da die großen Vorräte an Karten mit dem Germanienbild aufgebraucht werden.

Die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hielt im Reichstag ihre erste Jahresversammlung ab. Aus allen Teilen des Reiches waren Teilnehmer erschienen. Zuerst wurden zehn Kriegerveteranen für den Verwaltungsrat und acht Mitglieder für das Präsidium gewählt, unter letzteren ebenfalls drei Kriegerveteranen. Die Haupttätigkeit der Nationalstiftung liegt bei deren Landes-, Provinzial- und Ortsausschüssen, die fast überall nach Errichtung der amtlichen und Hauptfürsorgestellen mit diesen auf das engste verbunden sind. Durch die Landesauschüsse wurden im Jahre 1920 rund 71 Millionen M. Unterhaltungen ausbezahlt.

Fürsorge in individuellster Weise will die Nationalstiftung betreiben — sie soll die Mittel des Reiches ergänzen, nicht ersetzen. Sie tritt ein für den allgemeinen Lebensunterhalt, bei Schulbildung, zahlt Beihilfen zu Geschäftsbetrieben, Ausbildung der Waisen, Umzug und Gesundheitsfürsorge. Sie hat bis jetzt 42 Millionen Mark hierfür ausgegeben. Neue Mittel sind dringend erforderlich. Die mit der Nationalstiftung verbundene Kruppstiftung hat unendlich segensreich gewirkt. Das Präsidium ließ sich außerdem eine ausgedehnte, planmäßige Gesundheitsfürsorge für die Kriegerveteranen angelegen sein, und es wurde über eine Million Mark für die Errichtung von Kriegerveteranen auf die See und aufs Land verausgabt. Es wurde beschlossen, 5 Proz. des Kapitals zu verteilen. — Ein Vortrag des Staatssekretärs Dr. Schöner, München, über die bisherigen und zukünftigen Aufgaben der Nationalstiftung und des Landrats Dr. Jung-Richter über die Zusammenfassung der Landes- und Provinzialauschüsse der Nationalstiftung mit den Fürsorgestellen schloß sich den geschäftlichen Verhandlungen an.

**Karlsruher Wuchergericht.** Vor dem Wuchergericht hatte sich der Kaufmann Friedrich Busch aus Lu. a. M. wegen unerlaubten Handels, Preistreibern und Kettenhandels zu verantworten. Busch hatte im Jahre 1919 ohne bezirksamtliche Genehmigung Holzgeschäfte abgeschlossen, bei denen er 20 bis 40 Prozent Gewinn einstrich und das Geschäftsgeld durch Kettenhandel bezeichnet, weil die Ware während des Besitztums der Verkäufer wechselte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen unerlaubten Handels in Tateinheit mit Preistreibern und Kettenhandel in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 6000 M oder 1 Jahr Gefängnis und Ablieferung der übermächtigten Gewinne.

**Verbot der Tiere!** Die in der Gegend herrschende große Hitze macht es uns zur Pflicht, der armen Tiere in besonderer Weise durch Vermeidung eines frühen Trunkes sehr große Mühe möglich zu machen. Aber auch allen Tierbesitzern ist dringend ans Herz gelegt, für das Wohlbefinden unserer treuen Haus- und Hoftiere zu sorgen. Man solle dafür, daß allenthalben Gefährte oder sonstige Wesen bereit liegen, damit den Tieren jederzeit Wasser zum Trinken zur Verfügung steht. In unserer Stadt sind dergleichen Stellen vorhanden, die dies mit geringster Mühe besorgt zu sein.

**Der Kohlweißling.** Der Schädling Kohlweißling gaukelt wieder in unseren Gärten von einem Gemüsebeet zum anderen und sehr seine Eier ab. Jeder Gartenbesitzer weiß, welches Unheil der Schmetterling mit diesem Geschlecht anrichten kann, wenn man nicht rechtzeitig gegen die Gefahr ankämpft, indem man die Pflanzen besonders auf der Blattunterseite abtutet und die Eier zerdrückt. Diese Vertilgung ist leichter auszuführen und weitaus erfolgreicher als die Vertilgung der ausgewachsenen Raupe. Rinderhäute können dabei erfolgreich helfen. Wer die Vertilgung vermag, hat in seinem Gemüsegarten den größten Schaden, denn die Raupe ist äußerst gefräßig und in wenigen Tagen hat sie die Kohlblätter bis auf die Rippen vertilgt.

**Ernennungen der Technischen Hochschule.** Die Technische Hochschule Karlsruhe hat dem Vorstandsmittglied der Fakultät Dr. phil. Karl Kretzler in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um den Ausbau der Lehranstalt-Industrie, insbesondere durch maßgebende Anwendung wissenschaftlicher Grundsätze auf technisch-chemischen Betrieben die Ehrenwürde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

**Den Verkehr mit Brennholz betr.** Mit einer neuerdings erschienenen Verordnung des Ministeriums des Innern ist der bisher bestehende Genehmigungszwang für den Brennholzverkauf beseitigt worden.

**Sängerausflug.** Von günstigem Wetter begleitet, machte der Männergesangsverein Karlsruhe vergangenen Sonntag unter zahlreicher Beteiligung der aktiven und passiven Mitglieder seinen diesjährigen Sängerausflug nach Gagganau. Von Ruppelheim aus begann die Fußwanderung nach Horst, dann ging es durch den schönen Schwarzwald nach Eberbach. Um 1 Uhr trafen die Sänger in Gagganau ein, wo sich in der Sambrunnschule der Gesangsverein Gagganau zahlreich zur Begrüßung eingefunden hatte. Es folgten Vorträge von Chören, die ein Zeugnis hervorragender künstlerischer Arbeit beider Vereine gaben. So schloßen die Stunden schnell dahin, bis die modernen Gagganauer ihre Gäste an die Türe geleiteten. Jedem Teilnehmer dürften die schönen frohen Stunden noch lange in Erinnerung sein.

**Café Odeon.** Bekten Samstag nachmittag wurde das weit über die Stadt hinaus bekannte Café Odeon, das zwecks Reuherichtung einige Wochen geschlossen war, seiner Bestimmung übergeben. Der Besitzer Herr Vorherrs hatte die Freundlichkeit der Vertreter der Presse, sowie einen beschränkten Kreis anderer an der umfangreichen Arbeit interessierter Personen am Vormittag zu einer Besichtigung einzuladen. Das früher etwas dunkel und ernst wirkende Lokal ist durch die Reuherichtung in einen hellen freundlichen, zum Verweilen einladenden Raum verwandelt worden. Diese schwierige Aufgabe, in den an sich wenig guten Räumen eine gemütliche Rauminnang zu erzeugen, hat die Firma Karl u. Emil Lacroix in musterhafter Weise gelöst. Die Wandflächen des unteren Raumes sind durch Wälder aus Kieferholz gezieret. Dieselben sind von kunstvoller August Gebhard und Helmut Scherz gemalt und stellen die vier Tageszeiten in Halbfiguren, außerdem auf die letzte Kunst passende Allegorien dar, von H. Eichardt, während August Gebhard Motive aus Alt-Karlsruhe verwendet, mit figürlichen Szenen aus der Kolosse- und Völkervereinigung. Ein Rundgang durch die groß eingerichtete Konditorei und die Kellerräume gab einen Einblick hinter die Kulissen eines gut und sauber geführten soliden Geschäftes, das bei diesem Umfange Erfahrung und Organisationsvermögen erfordert. Bei einem anschließenden kleinen Imbiß dankte Herr Vorherrs für das seinem Unternehmen entgegengebrachte Interesse und fand auch warme anerkennende Worte für die treue Mitarbeit seines gesamten Personals. Die Reuherichtung führt dem Café Odeon den ersten Platz unter den Karlsruher Cafés wohl auf lange hinaus.

**Stadtgartenkonzert.** Am Dienstag abend veranstaltete der Musikverein „Harmonie“ im Stadtpark einen Richard Wagner Abend. Das Programm enthielt Werke Richard Wagners, die wie die „Lohengrin“-Ouvertüre, die höchsten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit eines Orchesters stellen. Das Programm bietet dem Konzertpublikum höhere künstlerische Genüsse.

**Sommernachtsfest.** Das Sommernachtsfest, das am Samstag abend im Stadtpark abgehalten wurde, erfreute sich eines sehr starken Besuches. Die Feuerwehrgesellschaft unter Leitung Schottes Leitung, veranstaltete in Verbindung mit dem Männergesangsverein „Concordia“ ein ausgezeichnetes Doppelspektakel, das in jeder Hinsicht befriedigte. Die „Concordia“ stellte einen gutgeschulten Chor von 200 Sängern auf die Bühne, der eine Anzahl Lieder über zum Vortrag brachte. Auch das übrige Teil des Programms: Serenade auf dem See, bengalische Beleuchtung der Anlagen und des Sees war fesselnd arrangiert. Der See mit den lampenbesetzten Booten und der Illuminierung bot in der Abendstimmung einen prächtigen Anblick und die kühlende Abendluft bot jedem Besucher Erholung.

**Brandstiftungen.** Das städtische Motorboot im Rheinbad ist am gestrigen Sonntag vollständig ausgebrannt. Der Schaden ist groß.

#### Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 1. August 1921

Großer Druck herrscht nach wie vor die Witterung Mittel- und Westeuropas. Tiefdruckgebiete ziehen weit im Nordwesten herüber. Die Trockenheit dauert daher an. — Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 2. August abends: Heiter, trocken, sehr warm.

### Aus dem Lande

**Malsch, 29. Juli.** In den wenigen Leuten, die bei dieser gegenwärtigen tropischen Hitze und der schrecklichen Dürre nicht zu kagen haben, denen die Net vielmehr zugute kommt, gehören unser dort hiesigen Metzgermeister. Schunungelnd gehen Metzger von Karlsruhe und Malsch durch die Straßen und bieten dem Viehhändler, der durch das Ausbleiben des Futters gezwungen ist, zu verkaufen, auf das Pfund Lebensgewicht 4 M, ja wenn es einmal ein ausnahmsweise schönes Stück ist, 5 M. Die Metzger Metzger kaufen, wie bekannt, immer geringere Qualitäten und verlangen aber für das Rindfleisch, das von einem oft sechs- und mehrjährigen Rind herkommt, für das Pfund 11 M. Die Preisprüfungskommission schlägt! Die Arbeiter von Malsch sind genötigt, zur Selbsthilfe zu greifen, sie müssen ihr Fleisch soweit es möglich ist, von der Stadt mitnehmen. Dort bekommen sie die Qualität, die sie sonst in Malsch bekommen, das Pfund 3-4 M billiger. — Allerdings, manches wäre hier auch besser, wenn die Arbeiterschaft einiger wäre, wenn sie sich ihrer Lage mehr bemußt würde und im Zusammenhange zu einer freien Organisation den Kampf gegen die Ausbeutung und die Mißstände aufnehmen würde. Aber hier liegt doch noch vieles im Argen. Solange die Gleichgültigkeit und der Stumpfsinn herrschen, wird es nicht vorwärts gehen. Hinein in die sozialdemokratische Partei und in jeder Familie das Parteiblatt, dann wird es auch hier anders werden.

**Geiselsberg, 31. Juli.** Schwere Unglücksfälle. Am Donnerstag abend wurde der Möbelspeicher Süttinger von seinem schweren Kasten überfahren, so daß er an beiden Oberextremitäten eine Quetschung erlitt. Süttinger sprang von dem Wagen ab, als die Reite des Kastens und die Bremse versagte, um zu verhindern, im hinteren Anhängewagen zu bremsen. Er geriet dabei zu Fall und kam unter das Auto zu liegen. — In Weibingen brachte ein Arbeiter den Arm in den Kolbendreher der Nagelfabrik. Er wurde mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus verbracht.

**Mannheim, 30. Juli.** Brand der Riedbahnbrücke. Durch Funkenflug einer Lokomotive geriet der Holzschlag der Riedbahnbrücke in Brand. Durch starken Wind begünstigt griff das Feuer um sich und richtete auf einer Strecke von 85 Metern bedeutenden Schaden an. Der angerichtete Schaden beträgt etwa 180 000 M. Die Rettungskräfte der Bahn und der Volk sind unterbrochen. — Unter der Leitung von Dr. H. J. Kaufmann Heinrich Schnitzer ist nach Unterzöfingen von 66 000 M aus der Kasse der ehemaligen Kriegsteilnehmer flüchtig geworden. — Selbstmord. In der Nähe des Weidbaches der Amicitia hat sich gestern Mittag ein ca. 40 Jahre alter unbekannter Mann zwei Revolverkugeln in die Schläfen beigebracht. Der Schwerverletzte starb nachmittags im Krankenhaus. — Erschossen. Zwischen dem Friseur Karl Burtel und dem im gleichen Hause wohnenden Kammerbater H. Geisler kam es gestern abend zu einem Streit, in dessen Verlauf Geisler mit einem gestrichelten Messer auf Burtel einbrach. Letzterer lag daraufhin einen schweren Revolververletzt auf, der den Heimgang lebensgefährlich verletzete. Er starb kurz darauf im Krankenhaus. Burtel wurde verhaftet.

**Mannheim, 30. Juli.** Eine außerordentliche Generalversammlung der Oberbayerischen Eisenbahngesellschaft, in der das gesamte Aktienkapital von 10 Millionen Mark betreten war, hat einstimmig den Verkauf der U.E.S. an die Stadt Mannheim gutgeheißen. Da die Gesellschaft keine Bahnen mehr betreibt, wurde die Firma in „Kraffwerk Rheinlan“ geändert.

**Reudensau, 31. Juli.** Hirschschlag. Infolge der brütenden Hitze erlitten die 33 Jahre alte Schwester des hiesigen Pfarrers Drehter, Karoline Drehter, auf dem Felde einen Hirschschlag, der den Tod zur Folge hatte. — In Krautheim wurde der auf dem Felde arbeitende Michael Vatterer aus Altkrautheim von einem Hirschschlag getroffen, dem er erlegen ist.

**Reudensau, 30. Juli.** In Reudensau ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, indem der 29jährige Bahnarbeiter Büchle mit dem Fahrrad an die Drehschleife fuhr und infolge eines Sturzes einen schweren Schädelbruch erlitt. Wenige Stunden später verstarb er; er hinterläßt eine Witwe.

**Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**  
Gehausen. Karl Hoff von Zell-Weierbach, Elektriker hier, mit Elsa Herrmann von hier. Edward Karl von Strümpfelbrunn Hausmeister hier, mit Klara Friedrich von hier. Willi Reiber von hier, Postbeamter hier, mit Elsa Lanf von Weierbach. Ludwig Jermoch von Leinach, Wälder hier, mit Gertrude Dietrich von hier. Gottlieb Garimann von hier, Kaufmann hier, mit Luise Henninger von hier.

**Schlesinger.** Karl Franz von Cubitzheim, Gewerbetreibender in Durach, mit Frieda Dörjan von Friedrichsdorf. Friedrich Ray von hier, Hauptlehrer hier, mit Luise Wetz von hier. Dr. Ludwig Geiger von Weidenhof, Dr. Arzt, in Vellheim, mit Luana Felder von Würzburg. Friedrich Geiger von Weidenhof, Telegraph. Peter hier, mit Pauline Renner von Ludwigsbühl. Emil Siegrist von hier, Kaufmann, hier, mit Paula Lang von hier. Friedrich Garbin von Weiden, Feuermeister hier, mit Wilhelmine Adam von Ruppelheim. Otto Hummel von Karan, Sparkassen-Kontrollbeamter hier, mit Margaretha Dadsel von Weiden. Karl Martin von hier, Verm.-Sekr. hier, mit Josephine Müller von Mülheim. Wilhelm Wadum von Gollm. Friedr. Wadum von Frankfurt, mit Josephine Wadum von hier.

Der

Fußball

Entsch.

36. R.

Wie an

der feinen

Teil derjen

Audienzber

gatta, mit

portbein

daß der M

Dies ist ni

sondern aus

größten L

größen. J

die rege W

ein aus

früherem

technische

mustergült

schiedenst

auch am Le

aus zufrie

mit 60 Bog

haben auch

haben zum

Kraft denn

Den 19

fielreich g

Ludwigsh

„Bormars

im Stiege

50. Sieg

ger, währe

in dieser K

Stor

nachmitta

reiter e

niederen

„i. M.

Ausficht

gliche.

nen mit

sojg ner

vorigen

„guie“

„Schiede

her haben

500 000

bei. Raut

her als w

Fingeweib

den und

solle Del

und als

sches Del

See forde

eines Stie

aus Stie

mittelfür

chen ein

gehänge

liegt war

rührens

st werden

erzürnen

berührt

dem Anst

nicht lang

hat bekann

ausgerbe

Rach

Jahr 1920

iem Jahre

berzünftig

schaffen, f

Fällen 62

gen im J

wecken un

Ausrichtu

Besichtig

zute belie

sicherung

genendet

stand er

mit rund

halt und

Feuerber

zu leisten

gewieser

mögen ha

betragt 3

Die Paß

5. Sta

(Hweigert)



# Jugend \* Wandern \* Spiel \* Sport

## Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

**Fußball.** Grünwettersbach I : Grödingen I 5:3 (0:3). — Ein schönes flottes Spiel trugen die beiden Mannschaften auf dem Platz in Grünwettersbach aus. Grödingen spielte vor der Halbzeit überlegen, so daß die Mannschaft in dieser Zeit drei Tore erzielen konnte. Nach Halbzeit wurde das Spiel etwas lebhafter und Grünwettersbach sah sich besser im Sturm, durch einen Straßstoß konnte Grünwettersbach das erste Tor erzielen, bald darauf konnte Grünwettersbach in gleichen Abständen noch vier weitere Tore erzielen, so daß das Spiel zugunsten Grünwettersbach 5:3 endete. — Grünwettersbach II : II. Mannschaft 3:1.

**Entscheidungs-Spiel im Fußball der Klasse B.** Am Sonntag, 31. Juli, fand in Eittingen das Entscheidungsspiel der B-Klasse zwischen Eittingen und Untergrombach statt. Das Spiel wurde bei sehr prächtigen Sportwetter ausgetragen; es wurde ein hohes Resultat erzielt: Eittingen 134, Untergrombach 120, das beste Resultat, das in den Serien-Spielen erzielt wurde.

## 36. Regatta des Süddeutschen Ruderverbandes in Mannheim

Wie auf allen Regatten des Süddeutschen Ruderverbandes, der seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat und dem der größte Teil derjenigen Rudervereine umfaßt, die nicht dem Deutschen Ruderverband angehören, so konnte man auch auf der 36. Regatta, mit deren Durchführung der frühere Mannheimer Wasser-sportverein „Vorwärts“ betraut war, die Feststellung machen, daß der Ruderport immer mehr ein Volkssport wird. Dies ist nicht nur im Interesse dieses gesunden Freizeitsports, sondern auch in dem der dem Süddeutschen Ruderverbande zum größten Teile angeschlossenen handarbeitenden Stände zu begrüßen. Für die Vollständigkeit des Ruderports zeugte auch die rege Beteiligung der Mannheimer Regatta seitens der Vereine aus Gießen, Mainz, Frankfurt, Offenbach, Mühlheim, Flörsheim, Fachsenheim, Mannheim und Ludwigshafen. Die technische Vorbereitung und Durchführung der Regatta war musterhaft. Trotz der anderslautenden Prognosen der verschieblichsten Landeswetterwarten zielt das gütige Ruderwetter auch am letzten Juliwochen noch an, so daß der Besuch ein durchaus zufriedenstellender war. Zu 16 Mannen hatten 69 Vereine mit 69 Booten und 397 Ruderern gemeldet und mit 3 Ausnahmen auch die Kennungen aufrecht erhalten. Man sah allenthalben guten Sport, wenn auch mancherorts mehr Wert auf Kraft denn Technik gelegt zu werden scheint.

Den Anführer der Mannschaften von Offenbach, Mannheim und Ludwigshafen. Der Arbeiter-Ruder- und Schwimmverein „Vorwärts“ Offenbach errang im Meisterchaftsboot und der im Spitzboot sitzende F. Schaub auf Nr. 6 damit seinen 50. Sieg. Im Juniorboot wurde der Mainzer Gewinner Sieger, während die im Gast- und Juniorboot, die dieses Jahr in dieser Klasse unbesiegt gebliebenen Flörsheimer weitere Siege

errangen. Im Jungmannboot fiel die Siegespalme dem Mannheimer „Vorwärts“ zu, während dessen Schüler den Flörsheimern unterlagen. Im Zweiten Seniorboot nahen drei technisch gut durchgebildete Mannschaften die Kräfte, von denen sich Wasserportverein Ludwigshafen den Mannheimer und Offenbacher Vorwärtsern überlegen zeigte. Nur mit knappen Vorsprung lief im Juniorboot die Giesener Gassia vor den Frankfurter Vorwärtsern ein. Der Frankfurter Alemannensportler Schürer wurde mit den Redakteurschaftslehren im Seniorboot geschmiedet. Spannend gestaltete sich der Zweite Seniorboot, in dem sich „Gassia“ Gießen von der „Frankfurter Alemannia“ im Endkampf überprüften ließen. Einen überlegenen Sieg hatten die Jungmannen der Mühlheimer „Madine“ gegen den Mannheimer „Vorwärts“ zu verzeichnen. Im Holzbooter wickelte sich die beiden Offenbacher Vereine „Germania“ und „Vorwärts“, wobei ersterer Sieger blieb. Den Preis des Dritten Seniorbootes konnten wieder die Flörsheimer mit nach Hause nehmen. Im Großen Achter, dem Schlussschiff, verurteilte die Frankfurter Leistung eine Kollision und wurde aus dem Wettbewerb genommen. Aus dem zweiten Kampf ging der Offenbacher „Vorwärts“ als Sieger hervor. — Vor der Preisverteilung wurde der Sieg im ersten Seniorboot, da das Rennen bei der Kur vor dem Mannheimer Wasserportverein „Vorwärts“ aus gesprochen.

## Kreis-, Turn- und Sportfest in Durlach am 6., 7. und 8. August

Turn- und Sportgenossen! Rüstet zu Eurer Herrschaft! Sie muß ein Ehrentag in der Geschichte des 19. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes werden! Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, Freunde vernünftiger Leibesübungen! Bedenkt das Fest in Durlach, die Arbeiter-Turner und Sportler haben es verdient! Macht das Fest zu dem Euren!

## Fußballer und Kreisfest

Wie aus dem Festprogramm zu ersehen ist, finden zum Kreisfest auch Fußballspiele statt.

Es spielen: Samstag, 6. August, nachmittags 6 Uhr, Gruppe Karlsruhe — Gruppe Pforzheim. Gr. Karlsruhe in folgender Aufstellung: Tor: Schmidt, Hagsfeld, Wurm, Hagsfeld; Verteidiger: Wurm, Hagsfeld, Segler, Karlsruhe; Käufer: Stern, Karlsruhe, Wöhlmann, Karlsruhe und Kasper, Hagsfeld; Stürmer: Kuhle, Karlsruhe, Dolbe und Bornmüller, Müppner, Stier, Luc, und Martin, Pforzheim; Sport stellt Luc; weiße Hosen, Stutzen und Stiefel mitbringen.

Sonntag, 7. August, nachm. 6 1/2 Uhr, spielt folgende Bezirksmannschaft: Tor: Kapele, Luc; Verteidiger: Ebert, Pforzheim, Kunzmann, Stein; Käufer: Stein, Grödingen, Reuber, Luc, und Zerzer, Pforzheim; Stürmer: Reins, Pforzheim, Gormann und Wagner, Karlsruhe, Bauer, Stein, und Nech, Hagsfeld. Trikot stellt: Stein, weiße Hosen, Stutzen und Stiefel die Spieler. Linienrichter stellt: Karlsruhe, Freie Turner.

Sämtliche Spieler treffen sich jeweils eine halbe Stunde vor Beginn der Spiele im Gasthof zum Friedrichshof. Für Spieler, die dringend verhindert sind, hat der betreffende Verein für guten Ersatz zu sorgen. Zu dem Spiel am Samstag haben um 1/2 Uhr ebenfalls im Friedrichshof sämtliche gemeldete Schiedsrichter des ganzen Bezirks unbedingt zu erscheinen.

Montag, 8. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, spielt: Luc I: Ralotia Frankenthal. Dierzu Kuppender Weiertheim als Schiedsrichter. Auf pünktliches Erscheinen wird nochmals dringend hingewiesen.

In der Spielleiterkonferenz am 10. Juli in Durlach wurde beschlossen, daß jeder Verein der an den Serienspielen teilnimmt 100 M. Kaution zu stellen hat. Dieser Betrag ist bis zum 15. August an Sportgen. Jakob Wicker, Weiertheim, Maria Alexanderstraße, einzulösen. Spätere Einwendungen können bei den Serienspielen nicht mehr berücksichtigt werden. Termin für Mannschafts- und Kreisfest ist der 7. August. Auch dieser Termin ist strikte eingehalten.

Am Sonntag, 21. August, vormittags 8 Uhr, findet in Durlach im „Bann“ die letzte Spielleiterkonferenz vor den Serienspielen statt. Nicht vertretene Vereine können unter keinen Umständen an den Serienspielen teilnehmen. Sämtliche Spielleiter haben die gut leserlich ausgefüllten Spielerpässe für sämtliche gemeldeten Spieler zur Abtunpung mitzubringen. Spätere Stempelung findet nicht statt.

## Treu-deutsche Sportkultur

Man sage nicht mehr, daß die bürgerliche Sportbewegung keine Kulturbewegung sei. Im stolzen, im schönen Dresden, hat man den bisher Ungläubigen mit einem schlagenden Beweis gebietet. In Dresden werden jetzt von bürgerlichen Sportlern die Damenbeine vom „Sportplatzlichen Gesichtswinkel“ betrachtet. Folgendes Preisauschreiben wurde vor einigen Tagen in einem hiesigen Mittagsblatt glosiert:

Sportliga Dresden. Unsere nächste Veranstaltung im Lindesbach Bad findet am kommenden Mittwoch statt. Abermals 1000 Mark für die schönsten Damenbeine! Hochverehrte Mitglieder, Freunde und Gönner! Es war von jeher unser oberstes Gebot, jeder unserer Veranstaltungen einen ästhetischen Genuß abzurufen. Wir hoffen, dem allgemeinen Verlangen adernmal gerecht geworden zu sein, indem wir eine II. Konkurrenz für die schönsten Damenbeine feigen lassen. Ohne Zucht sollen diesmal unter Mitwirkung aller Volkstheater derjenigen vier Damen im öffentlichen Wettbewerb, mit Hilfe von Startnummern, durch Preise von 400, 300, 200 und 100 M. prämiert werden, die im sportplatzlichen Gesichtswinkel betrachtet als schönste in Frage kommen. Die gesamte Veranstaltung kann nur im Rahmen einer geschlossenen Gesellschaft stattfinden. Abstimmungsarten sind zum Preise von 2 M. bei unseren Mitgliedern zu entnehmen. Es wäre der Schönheit des Abends förderlich, wenn Gesellschaftsleiter bevorzugt würde. Unserer Einladung einen treu-deutschen Sportgenuss einverleibend, zeichnet „Das Präsidium“. Die treu-deutschen Unternehmern dieser Schaustellung und die „Damen“, die sich zu solchen „Sport“ ergeben, sind einander würdig. Die Arbeiterpartei halten ihr Haus von solchem Unfug rein.

**Forstheim, 31. Juli.** Selbstmord. Am Donnerstag nachmittags verstarb der 32 Jahre alte Goldarbeiter Gustav Oberer aus unbekannter Ursache in seiner Wohnung durch einen Schlag in die Schläfe Selbstmord.

**Aus dem bad. Oberland.** Gutes Honigjahr. Die Auswälder für ein ergiebigeres Honigjahr sind diesmal ganz vorzügliche. Die Wälder haben Honigtaue angelegt, den die Bienen mit Vorliebe ihrer Tracht zuführen. Jedemfalls darf gesagt werden, daß der Honigertrag ein weitaus besserer als im vorigen Jahre sein wird, das für die Winter als ein „wölliges“ Honigjahr zu bezeichnen war. (Am Preis ändert natürlich das „gute“ Honigjahr nichts! Die Winter müssen sich doch für das „schlechte“ letzte Jahr scholden halten! Gründe zum Preiswucher haben die Erzeuger stets zur Hand. Die Red.)

**Im Bodensee.** In Unteruhingen am See wurde mit 500 000 M. Gründungskapital die „Cellfabrik Bodensee“ gegründet. Laut „Köte vom Calental“ will die neue Fabrik die bisher als wertlos von den Fischern wieder ins Wasser geworfenen Eingeweide der Fische nach einem besonderen Verfahren entsäuen und die Rückstände zu Fischzusatzstoffen trocknen. Das wertvolle Nebenprodukt soll besseren Geschmack als Lebertran haben und als Kindernahrungsmittel dienen. Außerdem wird ein technisches Öl gewonnen und Fett zur Seifenfabrikation. — Der See forderte schon wieder ein Opfer. Wahrscheinlich infolge eines Hitzschlages verstarb der 33jährige Tagelöhner Kraus aus Steinhilgen während eines Bades.

**Konstanz, 30. Juli.** Seestern ereignete sich bei einem Gewittersturm auf dem Untersee zwischen Allensbach und Reichenau ein schweres Bootsunglück. Eine an das Motorboot angehängte Gondel, die mit Fremden, insgesamt 14 Personen besetzt war, füllte sich mit Wasser und sank. Die Frau des Bootsführers B. u. m. von Reichenau konnte mit knapper Not gerettet werden, dagegen ist ein 13jähriges Mädchen des Bootsführers ertrunken. Auch ein Fremder, ein Lehrer aus Berlin, wird vermisst. Man spricht auch noch von einem Freulein, das bei dem Unglücksfall untergegangen sei. Da die Insassen einander nicht kannten, sind die Feststellungen erschwerter. Der Untersee hat bekanntlich schon viele Opfer gefordert und ist bei Sturm außerordentlich gefährlich.

## Die Landesfeuerwehrunterstützungskasse

Nach dem jeben ausgegebenen Geschäftsbericht für das Jahr 1920 hatte die Landesfeuerwehrunterstützungskasse in diesem Jahre u. a. folgende Aufwendungen: 1. Unterstützungen an bedürftige Feuerwehrmänner und Mitglieder von Löschmannschaften, sowie an Hinterbliebenen von solchen Personen in 115 Fällen 62 620,52 M., darunter 64 wiederkehrende Unterstützungen im Jahresbetrag von 45 026,32 M., 2. Beihilfen an Feuerwehren und Gemeinden zur Anschaffung von Löschgeräten und Ausrüstungsgegenständen in 52 Fällen 221 175,70 M. Für die Beschaffung der Feuerlöscheinrichtungen durch die in den Bezirken bestellten Feuerlöschinspektoren und für die Kapitaleinrichtung der Feuerwehren und Löschmannschaften wurden aufgewendet 35 804,12 M. Zur Verrichtung dieser Aufwendungen stand er Kasse neben den Zinsen aus dem Grundbesitzvermögen mit rund 38 900 M. aus den von der Gebäudeversicherungsanstalt und von den im Lande zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Feuerberufungsunternehmungen für gemeinnützige Zwecke zu leistenden Beiträgen den ihr vom Ministerium des Innern zugewiesene Betrag von 300 000 M. zur Verfügung. — Das Vermögen hat sich im Jahre 1920 um 805 927,07 M. vermehrt und beträgt z. Bz. 1 092 225,83 M.

Die Passchwierigkeiten an der badisch-schweizerischen Grenze.

**Konstanz, 27. Juli.** Bei der Generalversammlung der Schweizerischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurde seitens der

Schweiz Klage darüber geführt, daß die Passchwierigkeiten immer noch bestehen, welche die Verkehrsverhältnisse beeinträchtigen; die triegzeitlichen Grenzsperrungen müßten endlich in Wegfall kommen. Die anwesenden schweizerischen Vertreter erklärten, daß die Schweiz keine Schwierigkeiten machen würde, wenn die Grenzsperrungen aufgehoben würde; und auch die Grenzkontrollen müßten die Aufhebung der Sperrung. Ausdrücklich hervorgehoben wurde aber, daß die Schwierigkeiten gegen die Aufhebung der badischen und Reichsregierung zu suchen seien, und daß die Schweiz größeres Entgegenkommen seitens Deutschland in dieser Frage erwarten. — Die Schweizerseite, die gemacht werden, scheinen an dem Verhalten der konstanzer Dienststellen zu suchen sein. In den Tagesgesprächen kommen zum wiederholten Male Beschwerden über diese Stellen zum Ausdruck, welche anheimend mit allen Mitteln versuchen, die Grenze auf weiche Zeiten verschlossen zu halten. Es wird auf einen Skandal hingedeutet.

**Das Badische Landesgewerbeamt** beabsichtigt im Monat Oktober ds. J. einen Genossenschaftskurs von zweiwöchentlicher Dauer abzuhalten und zwar in einem Orte desjenigen badischen Landesteils, aus dem die meisten Bemerkungen um Zulassungen bei genannter Behörde einlaufen. Solche Wanderkurse haben den Vorteil, daß die Teilnehmer vom späten Nachmittag an im eigenen Geschäft nach dem Rechten sehen können. Wir machen unsere Leser auf diese günstige Gelegenheit zu genossenschaftlicher Weiterbildung aufmerksam.

**Ausichten der Kartoffelernte.** Daß unsere gesamten Ansaaten unter der fürchterlichen Dürre schwer zu leiden haben, steht außer allem Zweifel und doch möchten wir vor einem allzu großen Pessimismus warnen. Besonders, was die Kartoffeln anbelangt. In den Frühkartoffeln ist freilich eine Minderernte zu bezeichnen, die auch ein Regen nicht mehr aufzuhalten vermöge; denn die Frühkartoffeln sterben, wie das dürre Kraut zeigt, bereits in den Wurzel ab. Dagegen ist für die Spätkartoffeln noch nicht jede Hoffnung verloren; denn sie zeigen noch überall frisches, lebensvolles Kraut; auf schwerem Boden stehen sie sogar recht gut. Aber auch im sandigen Boden vermag ein recht ausgiebiger Regen noch vieles gut zu machen.

**Die badische Landesgewerbeamt** beabsichtigt im Monat Oktober ds. J. einen Genossenschaftskurs von zweiwöchentlicher Dauer abzuhalten und zwar in einem Orte desjenigen badischen Landesteils, aus dem die meisten Bemerkungen um Zulassungen bei genannter Behörde einlaufen. Solche Wanderkurse haben den Vorteil, daß die Teilnehmer vom späten Nachmittag an im eigenen Geschäft nach dem Rechten sehen können. Wir machen unsere Leser auf diese günstige Gelegenheit zu genossenschaftlicher Weiterbildung aufmerksam.

**Ausichten der Kartoffelernte.** Daß unsere gesamten Ansaaten unter der fürchterlichen Dürre schwer zu leiden haben, steht außer allem Zweifel und doch möchten wir vor einem allzu großen Pessimismus warnen. Besonders, was die Kartoffeln anbelangt. In den Frühkartoffeln ist freilich eine Minderernte zu bezeichnen, die auch ein Regen nicht mehr aufzuhalten vermöge; denn die Frühkartoffeln sterben, wie das dürre Kraut zeigt, bereits in den Wurzel ab. Dagegen ist für die Spätkartoffeln noch nicht jede Hoffnung verloren; denn sie zeigen noch überall frisches, lebensvolles Kraut; auf schwerem Boden stehen sie sogar recht gut. Aber auch im sandigen Boden vermag ein recht ausgiebiger Regen noch vieles gut zu machen.

## Kleine Nachrichten

**Bermuth.** Hier trat die Internationale Kommission zusammen, deren Schaffung auf dem letzten Weltpostkongreß in Madrid beschlossen worden ist. Sie hat die Aufgabe, Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung des Verkehrs der Weltpostunion ausgearbeitet. Acht Staaten sind in der Kommission vertreten. Vorsitzender ist der Direktor des Weltpostbüros, Camille Decoppet, der frühere Bundesrat.

**Aus dem Elsaß.** Laut „Marq. Nachr.“ wütet ein fürchterlicher Waldbrand in den Dörsen. Das Feuer begann auf dem Berggründen des Molkenrain und setzte sich nach dem Hartmannsdorferkopf zu fort. In dem Brandgebiete finden unterbrochen heftige Explosionen von Granaten statt. Sehr stark wurde die Gegend von Wailweiler betroffen. Personen sind bisher bei der Katastrophe nicht zu Schaden gekommen.

**Belfort.** Eine 73jährige Frau bewohnte ein einfaches Häuschen von Bellescoite. Vor einigen Tagen kamen drei Individuen in ihre Wohnung und verlangten Geld von ihr. Als sie keines geben wollte, wurde sie gefesselt und von dem einen der Schenkel verpenaligt. Dann wurde sie durch eine Luke in den Keller geworfen, wo sie einige Tage gefangen gehalten wurde. Als sie wieder zu sich kam, eilte sie nur mit einem Hemde bekleidet, zum Bürgermeister, wo sie Anzeige erstattete.

**Düsseldorf.** Reichstagsabgeordneter Ertelens ist verhaftet worden. Die Post des Herrn Ertelens ist vier Wochen überwachet worden. Die Verhaftung stellte sich als ein Akt der französischen Besatzungsbehörde heraus. Er wurde gestern morgen von drei Geheimpolizisten in seiner Wohnung verhaftet, nachdem vorher alle Ausgänge besetzt worden waren. Auch auf der Elektrischen, mit der er zum General gebracht wurde, waren die Ausgänge versperrt. Der französische General wollte den Abgeordneten wegen eines von ihm verfaßten Artikels im „Berliner Tageblatt“ vernehmen. Der Abgeordnete erklärte, daß man zwecks Einholung einer Auskunft ihn doch nicht verhaften brauche. Hierauf sagte der General, daß er auch nicht verhaftet werden sei. Bei der Gegenüberstellung mit den drei Geheimpolizisten stellte sich dann heraus, daß diese ihre Amtsbefugnis überschritten haben. Er wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

## Rekte Nachrichten

### Die Not in Südrugland

**11. Berlin, 1. August.** Aus Rußland gehen dem Berliner „Totalanzeiger“ folgende Nachrichten zu: Die in den letzten Tagen aus Südrugland eingetroffenen Nachrichten ergäben, es sei nicht ein Feld, das nicht den jenseitigen Strahlen zum Opfer gefallen wäre. Auf allen Stationen sieht man Abgemagerte und Schwermüde, die beim Einlaufen jedes Zuges die Hände entgegen strecken und rufen: Heißt uns, wir sterben vor Hunger. Cholera, Typhus und Ruhr rafften das Volk in Scharen dahin. 6 Millionen sind auf der Wanderung; auch Arbeiter und Kosaken sind dabei. Die Sowjet hat die Bahnkarre erhöht. Eine Reise von Moskau nach Petersburg kostet 400 000 Rubel; von Kiew nach Petersburg 600 000 Rubel. Die über diese Maßnahme wütende Menge bedroht die Stationen. Ueberfälle sind an der Tagesordnung. Vieles werden die Personenzüge von Bandenräubern begleitet. In der deutschen Kolonie des Wolgagebietes sterben täglich über 60 Menschen.

## Beratungen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wegen der Dürre

**Berlin, 30. Juli.** Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden gestern Beratungen über die Maßnahmen zur Bekämpfung der infolge der Dürre entstandenen Futtermittelnot ab. Der Vorsitzende betonte einleitend, daß nach den aus verschiedenen Reichsgenden vorliegenden Nachrichten von einer Gefährdung der Ernte im allgemeinen nicht gesprochen werden

**Haarwaschen** mindestens alle 14 Tage ist notwendig, wenn man sein Haar bis ins Alter hinein gesund erhalten will. Man muss aber unter den vielen Schampans das Gute und Richtige herausfinden. Nicht umsonst verlangen die meisten immer wieder „Herzlichen-Schampon“, denn dieses seit 1903 millionenfach bewährte Mittel schäumt vorzüglich und macht das Haar schön, rein, voll und feinduftend. Herzlichen-Schampon enthält allein den echten Panamasteer, welcher den Haarboden desinfiziert und das Wachsen der Haare fördert. Das Päckchen kostet nur Mk. 1.—, und wenn Sie es einmal probieren, sehen Sie gleich, wie vortrefflich es ist. Aber lassen Sie sich nichts anderes geben wie Herzlichen-Schampon mit dieser Schutzmarke.





hätte, daß aber in vielen Gegenden des Reiches die Haushälter- und Futterpflanzen unter der Dürre außerordentlich gelitten haben. Aus dem Ergebnis der Beratungen ist folgendes hervorgegangen: Es wird besonders Gewicht darauf gelegt, daß jene Anbauverhältnisse, die ganz besonders unter der Dürre zu leiden haben, bei der Belieferung mit Futtermitteln vorzugsweise berücksichtigt werden. Die Vertreter der Landesregierungen, die Vertreter der Landwirtschaft gaben einstimmig dem Wunsch Ausdruck, daß die im Juli zugestandene Ausfuhr von Getreide für ausländische Staaten im Hinblick auf die in den letzten Wochen eingetretene starke Not baldmöglichst gepestert werde, zum mindesten, müßte diese Regelung einer sofortigen Maßregel unterzogen werden. Ferner soll es den Viehhältern ermöglicht werden, sich Futter- und Streuvorräte aus den öffentlichen und privaten Wäldungen wie in den Kriegsjahren zu holen.

**Crispian bei der Jaures-Feier**

III. Paris, 1. Aug. Die Sozialisten und Gewerkschaften von Paris haben gestern im Trocadore den Todestag von Jaures begangen und dabei hat zum ersten Mal seit dem Kriege ein Deutscher vor dem französischen Publikum das Wort ergriffen. Crispian, der Vorsitzende der U.S.P., war als Mitglied der Arbeiterinternationale zu dieser Feier eingeladen worden. Crispian sprach deutsch. Bei den ersten Worten gab es starken Beifall und ein Teil der Versammlung stimmte die Internationale an. Ein Mann, der mit diesem beifallsfreundigen Verhalten nicht einverstanden war, begann zu freisprechen; er wurde aber sofort auf die Straße geschafft. Crispian konnte seine Ausführungen ungehindert vordringen. Da er deutsch sprach, verstanden seine Zuhörer nur die Worte: Proletariat, Kapitalismus und Sozialismus, wobei sie nicht verstanden, bei jedem dieser Worte in Beifall auszubrechen. Nachher wurde die Rede aus französischer Übersetzung und er erntete erneut Beifall. Crispian bemühte sich, die Oppositionspolitik der U.S.P. während des Krieges in den Vordergrund zu stellen und er sollte dem Beifall nach Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Nord-

französischer Anerkennung. Somit verließ die Versammlung ohne Zwischenfall. Die Polizei hatte sich darauf beschränkt, Crispian Mahnung zu erteilen.

**Umstellung der Friedrichshafener Luftschiffwerft**

III. Friedrichshafen, 30. Juli. Der Flugzeugbau Friedrichshafen hat bekanntlich nach dem Kriege den Bau von landwirtschaftlichen Maschinen aufgenommen. Nun hat er sich assoziiert mit Schweizer Kapital und die Firma Maschinen- und Schiffbau-Gesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Wangen aufgenommen. Der Flugzeugbau bringt in die neue Gesellschaft seine Grundstücke und Gelände zum Uebernahmewert von einer Million und Materialien zum Uebernahmewert von 716 000 M ein, welche Beträge auf die Stammeinlagen berechnet werden. Das Stammkapital der neuen Firma beträgt 2 Millionen Mark. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Verkauf von Maschinen und Booten, sowie aller einschlägigen Artikel, Beteiligung bei gleichartigen und verwandten Unternehmungen und Geschäften, sowie die Uebernahme und Fortführung derartiger Betriebe.

**Der französische Gewerkschaftskongreß gegen Moskau**

III. Paris, 30. Juli. In der Sonnabend-Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Lille wurde der Antrag der Mehrheit, bei der Amsterdamer Internationale zu bleiben, angenommen. III. Paris, 1. Aug. Der französische Gewerkschaftskongreß in Lille hat sich in seiner Schlußsitzung mit schwacher Mehrheit für die Beibehaltung der bisherigen Richtung ausgesprochen. Die Anträge der Kommunisten und Revolutionäre, die die Gewerkschaft der Kommunistischen Partei dienstbar machen wollten, sind mit 1572 gegen 1327 Stimmen abgelehnt worden. J. u. a. z. bleibt trotz dieser geringen Mehrheit der erklärte Arbeiterführer.

**Briefkasten der Redaktion**

A. P. Auf Grund des § 907 des bürgerl. Gesetzbuches könnte eine Klage auf Entfernung des Diensthundes voraussetzlich mit Erfolg geführt werden. Dafür sprechen die Rechtslehrer Aufhäuser im „Recht“ Jahrgang 1904, Seite 309 und Friedrich im „Recht“, in der „Deutschen Juristenzeitung“, Jahrgang 1904, Seite 688. Anderer Meinung ist dagegen Strauß, „Deutsche Juristenzeitung“ Jahrgang 1908, Seite 307. Die Frage ist somit von den Juristen selbst unstritten, kann aber wohl aus Grund der besonders gelagerten Verhältnisse, insbesondere wenn Sie den Nachweis der Gefährdung führen können, zu Ihrem Gunsten entschieden werden.

A. Rehl. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat das Amtsgericht das Recht und somit die Pflicht bei Ausstellung eines Zeugnisbuches die Strafe zu benennen. Die Strafe kann jedoch auf Antrag beim Amtsgericht gelöscht werden und wird dem auch entsprochen, wenn der Verurteilte sich seither einwandfrei geführt hat. Das Gesuch um Löschung der Strafe ist an das zuständige Amtsgericht, zu dem der Wohnort des Betroffenen zählt, zu richten.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Besondere Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Kiefer; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Preis 4 Pfennig. Vereinsanzeiger. Bei 5 u. mehr Seiten mit 1.50 die Zeile. Bei 10 u. mehr Seiten mit 1.50 die Zeile. (Gesamtwortzahl). Dienstag 8 Uhr Spezialprobe für Lesende im Lokal. Freitag Gesamtprobe. 5888

**Deutscher Holzarbeiterverband**

Verwaltungsstelle Karlsruhe. Am Donnerstag, den 1. August, abends halb fünf Uhr, gleich nach Geschäfts-schluss, findet im „Colosseum“, Saal 3, eine Vertrauensmänner-Versammlung statt. In dieser Versammlung sind die Betriebsräte und die Delegierten sowie die Vertrauensleute eingeladen. Tagesordnung: Bericht von der am 31. Juli in Karlsruhe stattgefundenen Konferenz der Bad. Verwaltungsstelle. Keine Versäße darf fehlen. 5382 Die Ortsverwaltung.

Wir stellen von Montag, den 1. bis Samstag, den 6. August sämtliche angesammelten

# Reste

zum Verkauf.

Die Preise sind für diese Veranstaltung bedeutend verbilligt

# Tietz

Die Verhütung von Waldbränden betreffend. Wir bringen die nachstehende bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 5. Juli 1896, obigen Betreffs in Erinnerung. Das Tabakrauchen in den jungen Waldschlägen, deren Boden mit dürrer Gras, Moos oder Laub bedeckt ist, ist außerhalb der Landtrassen und Gemeindegrenze vom 1. März bis 1. Oktober jeden Jahres verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Karlsruhe, den 25. Juli 1921. D.-J. 112 Bezirksamt.

**STADTGARTEN**  
Dienstag, den 2. August 1921, abends 8-11 Uhr  
**„Richard-Wagner“-Abend**  
(Musikverein Harmonie)  
Eintritt: 1.20 Mk. (Jahreskarten), 2.20 Mk. (Sonstige), Kinder je die Hälfte. Kartenvorverkauf Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. 1746

**Die weltberühmten** auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 Meter breit, 100 Meter tief, unter Leitung u. Mitwirkung der berühmten bayrischen Schiller- und Indarbauerleer, Gebr. H. & J. Schiller, unter Jugendleitung des alten Oberammergauer Artztes.  
**Passionsspiele**  
Freiburg i. Br.  
Spielstage vom 16. Juli ab jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. Anfang 1 1/2 Uhr, Ende 7 Uhr. 1500 Mitwirkende. Ehre, Orchester, Orgel. 9000 Plätze. 5142  
Prospect kostenlos durch H. Götthardt, Freiburg i. B., Kaiserstr. 132, Betanul 870. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung.

**Pfannkuch & Co**  
Bei der heutigen **Milchnot** empfehlen wir:  
Schweizer Alpen-Milch-Mehl  
Galactina-Kindermehl besteht aus: ca. 23% Weizenmehl, ca. 64% Vollmilch, ca. 40% Weizen- oder Reisgrisch u. Kartoffelmehl 1/2-Pfund-Paket **2.-**  
Rakao-Süßspeise bestehend aus: ca. 10% Rakao-pulver, ca. 45% Vollmilch, ca. 16% Zucker 500 Gramm, brutto **9.50**  
Milk-Süßspeise mit Mandel- und Baiser-Geschmack bestehend aus: ca. 30% Zucker, ca. 30% Trockenmagermilch, ca. 15% Zucker 600 Gramm, brutto **5.-**  
Galactina-Kinder-Frühstück bestehend aus: ca. 17% Hafermehl, ca. 22% Rakao, ca. 20% Trockenmagermilch, ca. 40% Zucker, ca. 30% Kartoffelmehl sowie Weizen- oder Reisgrisch 1/2-Pfund-Paket **2.50**

**Schokoladen = Torte**  
gutes Frühstücksgetränk 1/2 Pfund - Paket **2.50**  
**Kondens. Vollmilch** mit und ohne Zucker Dose **7.-**  
**Trocken-Vollmilch** 100 gr-Paket **3.20**  
**Pfannkuch & Co**  
G. m. b. H.

**Freie Turner-Schaft (E.V.) Karlsruhe.**  
Heute abend **Monatsversammlung**  
Die Abteilungsleiter werden ersucht, ihre Nachbestellung anzugeben, wie viele Mitglieder zum Kreisturnfest noch benötigt werden. Der Turnrat.  
**Freibant** (Stadt. Feilschverant). Dienstag vorm. 9-11 Uhr **21.50-21.50.**  
Wem zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinale Salze gegen unregelm. Verdauung.  
Von der Reise zurück **Dr. med. Otto Bloos** Friedenstr. 8. Tel. 2868.

Die Sprechstunde fällt von Samstag, den 6. August bis einschliesslich Sonntag, den 21. August aus. 5390  
**Karl Teschke**  
Karlsruhe, Karl-Wilhelmstrasse 86. Haltestelle der Elektrischen, Parkstrasse Linie 4 und 6.  
Kombiniert rationelles Heilverfahren. Homöopathie, Magnetopathie, Naturheilverfahren. Spezialbehandlung alter chronischer langjähriger Leiden.

**Walthorius Hienfong-Essenz**  
Echte extra-stärke (Destillat) 12 FL 25 Mk., 30 FL 60 Mk. franko. In Apoth., Drogerien, sonst dir. v. Laborat. E. Walthorius, Halle a. S., Trotha

**Pisnel**  
Krankheiten, Vulkeln um Spiegel, west Dr. W. Dazu Lacksch-creme (nicht fettend u. fettlos). In allen Apoth., Drogerien, Parfümerien u. Feilwarengeschäften erhältlich.  
**Wanzil** gegen Wanzen. Nichts anderes nehmen! In Apotheken u. Drogerien

**Kleider, Schuhe**  
Wäsche, Möbel, kaufen Sie am billigsten im **W. u. Verkaufsgeschäft Glotzer**, Fähringerstrasse 53 a, Teleph. 3488.  
**Kragen-wäscherei Schorpp**  
wäscht und bügelt in altbekannter Ausführung. 2003 Annahmestellen in allen Stadtteilen.

**Freie Turner-Schaft (E.V.) Karlsruhe.**  
Heute abend **Monatsversammlung**  
Die Abteilungsleiter werden ersucht, ihre Nachbestellung anzugeben, wie viele Mitglieder zum Kreisturnfest noch benötigt werden. Der Turnrat.  
**Freibant** (Stadt. Feilschverant). Dienstag vorm. 9-11 Uhr **21.50-21.50.**  
Wem zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinale Salze gegen unregelm. Verdauung.

Soeben erscheint:  
**Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn** (Lohngesetz)  
Autorität bearb. von Wilh. Kell 40 Seiten / Mk. 2.50.  
Volksbuchhandlung Karlsruhe Adlerstraße 16. - Telephon 3701.

**Durlacher Anzeigen.**  
**Milchversorgung.**  
Bis auf Weiteres sind wir gezwungen, die Milch für die Versorgungsberechtigten infolge Weniger-jahruhr und des großen Anfalls an Sauermilch zu kürzen. Es wolle hierwegen den Händlern keine Schwerege-keiten gemacht werden. 1749  
Durlach, den 30. Juli 1921.  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Kleinvorhandlungspreise für Obst und Gemüse**  
für die Zeit vom 2. August bis 8. August 1921.  
Erdbeeren ohne Kranz . . . . . 80 Pf.  
Gelberäben ohne Kranz . . . . . 110 Pf.  
Karotten mit Kranz . . . . . 120 Pf.  
Kohlrabi (Freiland) . . . . . 20 Pf.  
Kohlrabi . . . . . 40 Pf.  
Wangold . . . . . 20-40 Pf.  
Radieschen . . . . . 20-40 Pf.  
Kettich . . . . . 5-15 Pf.  
Einmachgurken (Freiland) . . . . . 180 Pf.  
Wuchbohnen . . . . . 190 Pf.  
Stangenbohnen . . . . . 240 Pf.  
Kraut . . . . . 70 Pf.  
Rote Rüben mit Kranz . . . . . 40-60 Pf.  
Spinat . . . . . 60-80 Pf.  
Fenchel . . . . . 50 Pf.  
Wirsing . . . . . 70 Pf.  
Weißkohl . . . . . 80-100 Pf.  
Kartoffeln (neue) . . . . . 80-100 Pf.  
Das Verühren des Obstes von feiten der Käufer ist verboten.  
Vorliegende Preise wurden im Benehmen mit der Preisprüfungs-kommission Karlsruhe festgelegt. Ihre Ueberprüfung wird als übermäßige Preissteigerung angesehen und verjagt.  
Durlach, den 1. August 1921. 1745  
Städt. Preisprüfungsamt

No. Die Reie ein III. U. meldei: In Presse erich davon unter für Deutsch die christlich in gemandt Auf ihr Leh hinzuweisen, berung festi Reiche erhol Wächten gep druck vertre Paris, 8. zuriidgeschri am 8. August sterpräsident und Bonomi finden im f Das Pr III. P oes „Zemp auf der En die Liste der Der Korreip uenverfürt Leipziger Blung der S ungerönet und schließl Eine e Berli werden die Zeit von ein trage der en Bevölkerung scheinend die bei der Entf beiden Krei Kohlen III. 8 fchen Regier mission und gere Berhan transporten gen führten Zeit Kohlen gehen können Besseru Berli eisenbahnen tehr bieder aufierhöhung worden. Da bisher um 9 Teil zurückz Westen durch in Oberschle des Güterver der eine Bef mehr von 4 von 1423 W Die He B.Z. 2 Dahlen zum des, der grü 163 Delegier Prote B.Z. 2 Demokratischen wenzitation der Allgemei gestelltenfund zia, die unal die vereinigt Dantsia, zu e den 24tündig Beamten auf